100 Jahre SP Dübendorf



Chronik der Dübendorfer Sozialdemokraten und ihrer hundertjährigen Taten

Chronik der Dübendorfer Sozialdemokraten und ihrer hundert jährigen Taten

1906


Dübendorf Dübendorf

Oeffentliche Versammlung

Sonntag den 30. September 1906, nachmittags 2 Uhr,
im Saale des Gasthof z. „Adler".

Vortrag

von Redaktor Bommeli aus Zürich:
„Was die Sozialdemokraten wollen".

Das Initiativkomitee.

Gründungsversammlung

1906 Gründung der SP Dübendorf

Die Gründung der ersten Sozialdemokratischen Partei der Schweiz erfolgte bereits 1870. Die Partei konnte sich jedoch noch nicht durchsetzen und nach zwei neuen Anläufen gelang ihr 1888 die definitive Gründung durch den Berner Patrizier Albert Steck. Drei Jahre später startete sie ihre erste eigene Initiative für «Recht auf Arbeit», welche jedoch 1894 verworfen wurde.

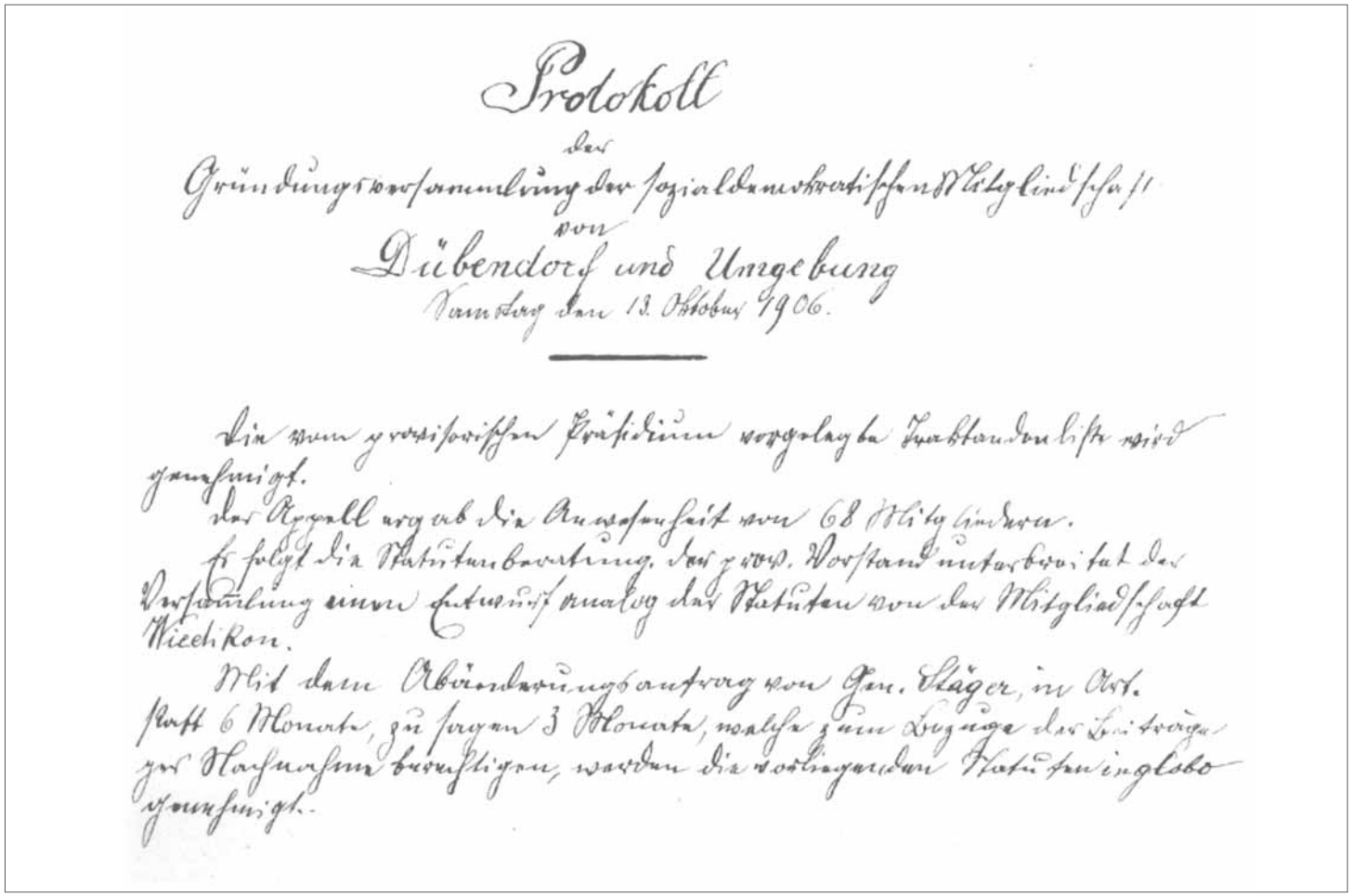
Eine lebensfähige Partei ergab sich aber eigentlich erst mit der so genannten «Solothurner Hochzeit», dem 1901 erfolgten Zusammenschluss mit dem Grütliverein. Die Gründung der SP-Sektion Dübendorf fiel in eine recht unruhige Zeit. Sie war gekennzeichnet durch ein starkes wirtschaftliches Wachstum – so erstaunlich das heute klingen mag – und durch eine Hochkonjunktur. Das Baugewerbe florierte und es wurden viele ausländische Arbeitskräfte importiert (z.B. waren 1910 16,6% der Erwerbstätigen Ausländer). Dadurch konnten die Unternehmer grosse Profite erzielen und die Löhne tief halten. 1906 ging der Gewerkschaftsbund offen zum Klassenkampf über. Damit begann die Stadt Zürich zum Schauplatz heftiger und zahlreicher Arbeitskonflikte zu werden. Die Bauarbeiter kämpften um den 9-Stunden-Tag. Überall entbrannten Lohnkämpfe und die Arbeiter organisierten sich gewerkschaftlich besser. Die Teuerung verhinderte jedoch, dass sich die Lebensverhältnisse der Arbeiter verbesserten. Es kam zu einer gewaltigen Streikwelle, in deren Verlauf die bürgerliche Regierung mehrfach Militär gegen die Streikenden einsetzte. Die Arbeitgeber organisierten sich ebenfalls in Verbänden und entwickelten Strategien und Taktiken zur Bekämpfung der Gewerkschaften und ihrer Streikaktivitäten. Sie führten so genannte „Schwarze Listen", die Namen von streikenden Arbeitern wurden allen, dem Verband angeschlossenen Unternehmen zugestellt. Wer als Streiker notiert war, fand kaum mehr Arbeit. Aus dem Ausland wurden ohne Hemmungen Streikbrecher geholt, die bereit waren, zu tieferen Löhnen zu arbeiten.

Gründungsversammlung am 13. Oktober 1906

In diese unruhige Zeit fiel die Gründung zahlreicher sozialdemokratischer Mitgliedschaften. Lag es daher nicht nahe, diesen Schritt auch in Dübendorf zu tun? Die Initiative kam von Emil Vogel aus der SP-Sektion Zürich 3. Um möglichst viele Interessenten zu gewinnen, führten die Dübendorfer Genossen am 30. September 1906 im «Adler» eine Propagandaveranstaltung unter dem Titel «Was die Sozialdemokraten wollen» durch.

Fast wehmütig und verschämt entnehmen wir dem Protokoll der eigentlichen Gründungsversammlung vom 13. Oktober des Jahres 1906, dass von 85 Anwesenden spontan 68 den Beitritt zur «Sozialdemokratischen Mitgliedschaft von Dübendorf und Umgebung» erklärten. Wenn man bedenkt, welchen Anfeindungen damals Genossen in der Gemeinde ausgesetzt waren und Dübendorf erst 3000 Einwohner zählte, ist diese Zahl erstaunlich hoch. Diese Leute legten den Grundstein für eine neue politische Richtung in der Gemeinde Dübendorf, und sie sollten in den ersten Jahren einen schweren Stand haben.

«Die dem provisorischen Präsidium vorgelegte Traktandenliste wird genehmigt. Der Appell ergab die Anwesenheit von 68 Mitgliedern. Es folgt die Statutenberatung. Der Vorstand unterbreitet der Versammlung einen Entwurf analog der Statuten von der Mit-



Protokoll
der
Gründungsversammlung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft
von
Dübendorf und Umgebung
Samstag den 13. Oktober 1906.

Die zum provisorischen Präsidium vorgelegte Traktandenliste wird genehmigt.
Der Appell ergab die Anwesenheit von 68 Mitgliedern.
Es folgt die Statutenberatung. Der provis. Vorstand unterbreitet der Versammlung einen Entwurf analog der Statuten von der Mitgliedschaft Wiedikon.
Mit dem Abänderungsantrag von Gen. Stäger, in Art. statt 6 Monate, zu sagen 3 Monate, welche zum Bezug der Beiträge per Nachnahme berechtigen, werden die vorliegenden Statuten in globo genehmigt.

Protokoll der Gründungsversammlung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft von Dübendorf und Umgebung, Samstag, den 13. Oktober 1906

Der provisorische Vorstand wird als definitiv einstimmig gewählt. Es gehören demselben an die Genossen:

Präsident:	Schenk Hans, im Neugut
Vizepräsident:	Fenner Fritz, im Wyl
Kassier:	Stindt, im Neugut
Protokollierender Sekretär:	Hurker Jul., Unterdorf
Korrespondierender Sekretär:	Bodmer Wolf, Neugut
Bibliothekar:	Friedli, Unterdorf
Beisitzer:	Halter, im Neugut

Zu Stimmenzähler werden gewählt die Genossen Schenkel Jakob, Staub Heinrich (Gockhausen) und Julius Bauert. Als Delegierte in die Arbeiterunion Zürich beliebe: Fenner Fritz und Müller Albert. Zu Rechnungsrevisoren wählt die Versammlung: Stäger Alfred und Fenner Jean. Hierauf folgt ein von Genosse Vogel von Zürich III gehaltenes Referat, in welchem der Redner einleitend sagt, es

1906

1906



Abendunterhaltung

der

Sozialdemokr. Mitgliedschaft Dübendorf

Samstag den 23. Nov. 1907

im „ADLER" Dübendorf

unter gefl. Mitwirkung der
Musikgesellschaft „Frohsinn" Dübendorf
und des
Doppelquartett des „Sängerbund" Oerlikon

* * *

Programm:

I. TEIL

1. Eröffnungsmarsch
2. Gesangsvortrag: «Seid gegrüßt»
3. Musikvortrag
4. Gesangsvortrag: «Im roten Morgenschimmer»
5. An die Scholle gefesselt
DRAMA aus dem Arbeiterleben von PAUL GENT
6. Gesangsvortrag: a) «Muttersegen» b) «Das Zillertal»
7. Kaffeevisite aufgeführt von 5 Kindern
8. Ansprache von Hrn. Stadtrat OSCHWEND
9. Gesangsvortrag: «Wir Männer der Arbeit»
10. Ein Mann, ein Wort
LUSTSPIEL in 3 Akten von A. HUGGENBERGER
11. Gesangsvortrag: «Das Herz am Rhein» TENOR-SOLO
12. Musikvortrag

II. TEIL

Tombola

Gemütl. Unterhaltung
TANZ
mit komischen Einlagen u. Gesangsvorträgen

Aenderungen im Programm vorbehalten

Eintritt 40 Cts. Programm im Vorverkauf 30 Cts.
Kassa-Eröffnung 1/4 8 Uhr, Beginn punkt 8 Uhr

Programm-Vorverkauf à 30 Cts. bei Hrn. BÜHRER z. ‚Adler'
— An der Kasse 40 Cts. —

Programme berechtigen zum Eintritt

Jedermann ist freundlichst eingeladen

Kultur und SP

scheine ihm, dass die grosse Zahl der beigetretenen Genossen ein Beweis dafür sei, dass in Dübendorf auch die Eintracht und Glück seligkeit, von der ein Oberländer Kantonsrat bei der berühmten Streikdiskussion im vergangenen Sommer im zürcherischen Kantonsrat aus ferner Gegend berichtete, so stark vorhanden sei, dass es fast nicht mehr zum aushalten sei. Es sei nur ein fauler Friede und dieser führe eben zur Gründung dieser jungen sozialdemokratischen Mitgliedschaft.

Als erste Pflicht der Mitglieder stellte er die Aufgabe, Aufklärung zu suchen und zu geben über alle politischen und sozialen Angelegenheiten in Gemeinden, Bezirk, Kanton und Eidgenossenschaft, und diese Aufklärung werde man erhalten durch fleissigen Besuch der Versammlungen, in welchen Vorträge über obige Themata gehalten werden sollen durch vom Vorstand berufene tüchtige Referenten von Zürich. Ebenso empfiehlt er lebhaft eine rege Agitation für das einzige Organ der Arbeiterschaft, welches treu für die Arbeiterinteressen eintrete, nämlich das «Volksrecht», welches in keiner Familie fehlen sollte.»

Präsident Schenk verdankt die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Worte des Referenten. Die Versammlung bespricht dann die Volksrechtagitation, für welche Genosse Vogel eine Kommission von in der Gemeinde bekannten Genossen vorschlägt. Genosse Grimm glaubt, dass jeder Genosse das «Volksrecht» halten müsste, sonst sei er ja von nichts unterrichtet, und beantragt das Obligatorium. Genosse Bodmer spricht von Verhältnissen in Oerlikon und ist nicht für das Obligatorium, dagegen sei es moralische Pflicht jedes Genossen, das «Volksrecht» zu abonnieren – wenigstens bei Verheirateten, – die Ledigen dagegen sollen dafür Propaganda machen, dass sie dasselbe in den Wirtschaften lesen können. Genosse Vogel ist auch gegen das Obligatorium, da es gegen die Prinzipien der Partei verstosse. Genosse Grimm zieht seinen Antrag auf Obligatorium zurück. Genosse Bodmer stellt einen definitiven Antrag. Genosse Fenner Fritz ladet die Mitglieder ein, sich behufs Abonnement beim Vorstand zu melden, was von vielen Genossen sofort getan wird. Genosse Küppers nimmt den Antrag Grimm auf Obligatorium wieder auf und wiederholt die Worte Grimms. Genosse Aeschbacher (Zürich II) glaubt, es sei besser freiwillige Anmeldungen für die Propaganda zu gewärtigen. Fenner Fritz hält es für vorteilhafter, aus jedem Quartier zwei Mitglieder zu bezeichnen, die die Agitation zu betreiben hätten. Es melden sich dann folgende Genossen zur freiwilligen Volksrechtagitation: Suter Jakob, Fenner Fritz, Bodmer Adolf, Weber Albert, Attinger Jean, Zbinden Ludwig, Meier Joh., Meier Jean und Berg Lankowski. Da diese Freiwilligen sich über alle Quartiere der Gemeinde verteilen, wird diese Angelegenheit ohne Abstimmung als erledigt betrachtet.

Unter Unvorhergesehenem mahnt der Präsident die Mitglieder, sich in moralischer Beziehung keine Blössen zu geben, die Steuern zu bezahlen und sich mit den politischen Gegnern nicht auf zufällige Zänkereinen einzulassen. Fenner Fritz betont, dass es besonders in Wirtschaften oft Spöttereien geben könnte, welchen man ausweichen sollte. Ein Genosse wünscht, dass die Versammlungen immer donnerstags abzuhalten seien. Genosse Huter sagt, es wäre oft wünschbar, eine Versammlung auf einen Sonntag einzuberufen. Es wird beschlossen, dass gewöhnliche Monatsversammlungen auf Donnerstag, dagegen grössere Agitationsversammlungen auch auf Sonntag einberufen werden können. In Bezug auf das Versammlungslokal hofft Halter, dass man auch von Wirten Entgegenkommen erwarten dürfe.

Die Versammlung beschliesst, es seien die Versammlungen im «Adler» abzuhalten. Genosse Fenner Fritz glaubt, dass die Frauen keine Ursache haben, sich über den Verein zu beklagen, wie es scheints von verschiedenen Seiten geschehe, und hofft, dass zu grösseren Versammlungen auch die Frauen eingeladen werden, was beschlossen wird.

Sonderrabatte für SP-Mitglieder

Die Arbeiterhaushalte in Dübendorf müssen es in der Zeit von 1906 bis 1922 sehr schwer gehabt haben. Den Protokollen aus dieser

Zeit entnehmen wir, dass erste Aktionen der neu gegründeten SP-Mitgliedschaft in Verhandlungen mit den ortsansässigen Spezereihändlern um Sonderrabatte für ihre Mitglieder bestanden. Einen solchen erreichten sie wenigstens beim Milchhändler, wogegen Metzgermeister Gossweiler im August 1908 erklärte, es sei ihm momentan nicht möglich, da er mit Verlust arbeite.

Während den Kriegsjahren 1914-1918 ergriff die SP die Initiative zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und der Errichtung von Suppenküchen. Die Genossen reichten eine Motion ein, welche Fr. 1000.– jährliche Kosten verursacht hätte. Sie wurde jedoch vom Bürgertum an der Gemeindeversammlung – angeblich aus formellen Gründen – abgewimmelt, nachdem der Gemeindepräsident mit viel Pathos die Opferbereitschaft der Bevölkerung gepriesen hatte. Der Misserfolg wurde an der nächsten Parteiversammlung von Genosse Otto Aeberli wie folgt kommentiert: «Möge nun die vom Gemeindepräsidenten so hoch gepriesene Opferwilligkeit unserer Einwohnerschaft sich zugunsten unserer Armen verwirklichen, damit ja die schiefe Ebene unserer Gemeindefinanzen, die für diese Ausgabe entstehen würde, nicht zustande kommt. Bekanntlich geraten die Gemeindefinanzen immer dann in eine schiefe Ebene, wenn es sich darum handelt, Beiträge für die Arbeiterschaft zu bewilligen.»

Wohnungsnot in Dübendorf

Auf dem politischen Boden mussten die Sozialdemokraten auch in Dübendorf hart kämpfen. Der Eintritt in den Gemeinderat blieb ihnen bis zum Kriegsende verwehrt. Die damals bestehende Bauernmehrheit im Gemeinderat muss als reaktionär bezeichnet werden. Die Arbeit der Genossen war nicht immer erfolgreich, aber man resignierte nicht. Die ausgeprägte Wohnungsnot zum Beispiel erforderte die ganze Kraft der Mitgliedschaft. Die SP forderte die Schaffung eines Mietamtes. Die Antwort des Gemeinderates vom 18. April 1918 war jedoch vernichtend: «Nicht das Notwendigste, keine Kündigungsfälle bekannt, kostet zu viel, usw.» Als Trost wurde dafür auf eidgenössischer Ebene am 13. Oktober 1918 die SP-Initiative für die Proporzwahl des Nationalrates vom Volk genehmigt.

SP erstmals im Gemeinderat vertreten

Beim grossen politischen Umbruch 1919 ging es hoch zu und her. Auf einer Leiter bespitzelten zwei Genossen die ganze Bauernpartei-Versammlung im Saal des Hechts. 1919 kam der grosse Durchbruch. Nachdem es der SP vorher nur vereinzelt gelungen war, sich in Behörden vertreten zu lassen, sassen fortan im Gemeinderat von Dübendorf drei Bauern, zwei Demokraten und zwei Sozialdemokraten. Die ersten beiden SP-Gemeinderäte hiessen Hans Schenk und Alfred Stäger. 1922 zog sich Hans Schenk allerdings bereits wieder aus der Exekutivbehörde zurück.

Die 20-er Jahre – Die Wirtschaftkrise

Ende 1920 setzte bereits wieder eine weltweite Wirtschaftskrise ein. 1922 stieg die Zahl der Ganzarbeitslosen in der Schweiz auf 100 000 an. Zahlreiche Arbeiter mussten Kurzarbeit und schwere Lohneinbussen hinnehmen. Vor diesem Hintergrund trat eine Spaltung der Arbeiterbewegung ein zwischen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei. Wirtschaftliche Not, die enttäuschten Erwartungen der Zeit von 1918/20 und die Spaltungskrise bewirkten, dass die Gewerkschaften in kurzer Zeit ein Drittel ihrer Mitglieder verlor. Die politischen Aktivitäten der Arbeiterbewegung blieben für einige Jahre in der Verteidigung des erreichten Standes beschränkt. Trotz der Spaltung durch die Kommunisten stieg der Wähleranteil der SP im Kanton Zürich bei den Nationalratswahlen 1928 auf 37,9% und 1931 auf 40,1%. Zahlen, von denen wir heute nur träumen können.

Sekundarschulhausbau erzeugt rote Köpfe

Lokalpolitisch bewegten sich die Gemüter in den 20er Jahren um den Bau eines zweiten Sekundarschulhauses. Auch ausserhalb der SP gab es deswegen heisse Köpfe. Als 1926 der Bau abgelehnt und in der Zwischenzeit viele Pläne für «die Katz» erstellt und bezahlt worden waren, machte sich der damalige Protokollführer der SP,



Dübendorf um 1919

1926

1926



Emil Ott-Lavatsch, Gemeinderat 1946 - 1958



Guy Maeder, Gemeinderat 1946 - 1958 Kantons- und Bezirksrat

Jean Rathgeb, folgenden Vers:
«Für d'Kreisgmeind isches gwüss kei Ehr,
s'wär lustig, wenn's nüd trurig wär.»
Finanziell ging es der Arbeiterschaft in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg immer noch alles andere als gut. Dies ist auch aus den Kassaberichten aus jenen Jahren ersichtlich. Der Kassier hatte es nicht einfach, z.B. 1935 den monatlichen Mitgliederbeitrag von einem Franken einzuziehen.

Gründung weiterer Parteien in Dübendorf
In Dübendorf belebte sich die politische Szene durch die Gründung weiterer Parteisektionen: 1925 Gründung der FDP, welche 1931 wieder von der Bildfläche verschwand und erst 1955 wieder neu gegründet wurde. 1928 Gründung der CVP / 1930 Gründung der EVP / 1935 Gründung des Landesrings / 1936 Gründung der BGB (heute SVP) / 1945 Gründung der PdA, welche allerdings schon drei Jahre später wieder verschwand, aber sehr grosse Unruhe in die SP Sektion gebracht hatte.

1946: SP-3er Kandidatur für Gemeinderat sorgt für Aufregung
Für grosse Aufregung im bürgerlichen Lager sorgt im ersten Nachkriegsjahr eine 3er Kandidatur der SP Dübendorf für den Gemeinderat. Mit Karl Eugster, Vorarbeiter, Guy Maeder, Spengler und Emil Ott, kaufmännischer Angestellter stieg die SP in die Gemeindewahlen. Die bürgerlichen Parteien reagieren mit einem 6er Vorschlag und wollen der SP gnädigst nur einen Sitz überlassen. Am Schluss blieb die Sitzverteilung wie bisher, 5 Bürgerliche, 2 SP und es kehrte wieder Ruhe ein. Guy Maeder und Emil Ott sassen die nächsten 12 Jahre im Gemeinderat.

Die 50 Jahr Jubiläumsfeier im Hecht
Am 13. Oktober 1956 feierte die SP Dübendorf im «Hecht» ihr 50-jähriges Jubiläum. Das Dorf war inzwischen zu einer Stadt mit 10 000 Einwohnern herangewachsen. Der damalige Sektionspräsident Guy Maeder sagte in seiner Festrede: «Mit Stolz dürfen wir am heutigen Jubeltag feststellen, dass vieles in der Gemeinde geschaffen wurde, das auf Initiative der SP zustande kam, wenn auch nicht immer im ersten Anlauf, so z.B. die unentgeltliche Geburtshilfe, die obligatorische Krankenversicherung, die Schaffung von Kindergärten und die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Es gereicht der Arbeiterschaft von Dübendorf und der SP zur Ehre, dass sie auch im zweiten Weltkrieg und während der vorangegangenen braunen Gefahr von Nazi-Deutschland treu zur Sache gestanden ist. Geblieben ist die SP, welche vielleicht nicht so grosse Töne von sich gibt (bezog sich auf den PdA-Spuk von 1945-48), dafür aber ehrlich versucht, Stein um Stein ihres Programms zu verwirklichen.»
Die Jubiläumsfeier wurde umrahmt durch Einlagen des Langmeier-Streichquartetts, einer Ansprache des Parteisekretärs Hans Nägeli, Zürich. Im Unterhaltungsteil spielten Parteimitglieder «Black outs» und «Sketches» und zwei Musikanten spielten zum Tanz auf.

Die fruchtbaren 50- und 60-iger Jahre
1957 wollten es die Genossen in Dübendorf offenbar wissen. Innerhalb weniger Wochen wurden von verschiedenen SP-Mitgliedern folgende Motionen an den Gemeinderat gerichtet:
- Wirksame Förderung des Wohnungsbaus (Walter Mettler)
- Einführung des Autobusverkehrs Mattenhof-Dübendorf (Arnold Jaberg)
- Schaffung eines Kinderhortes (Eduard Appenzeller)
- Altersheim (Hans Werder)
- Anpassung der Geburtshilfebeiträge (Hermann Surber)

SP kann die 2 Sitze im Gemeinderat halten
Im Frühjahr 1958 wurden bei den Erneuerungswahlen mit der Wahl von Ernst Maurer und Walter Mettler zwei verdienstvolle SP-Gemeinderäte abgelöst. Sie traten die Nachfolge von Guy Maeder und Emil Ott an. Guy Maeder gehörte während zwölf Jahren dem Gemeinderat (Exekutive) als Gesundheitsvorstand an.

Emil Ott, Gemeinderat
Emil Ott wurde am 13. November 1906 geboren. Er verbrachte seine Jugendzeit in einem Kosthaus der Firma Zwicky im Neugut.

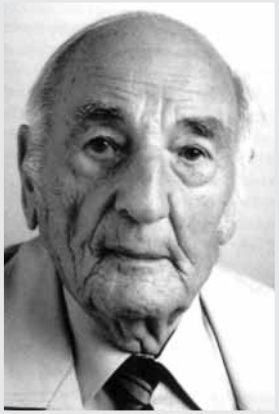
Der frühe Tod seines Vaters verhinderte seinen grossen Wunsch Lehrer zu werden. So absolvierte er bei der Firma Zwicky eine kaufmännische Lehre. Vom Neugut zog er mit seiner Familie in ein Eigenheim im Föhrlibuck. In Dübendorf trat er früh in die Sozialdemokratische Partei ein, engagierte sich politisch und hatte verschiedene öffentliche Ämter inne. Von 1938 bis 1946 war er Mitglied der Rechnungsprüfungskommission. In einem denkwürdigen Wahlkampf wurde er 1946 zusammen mit Guy Maeder in den Gemeinderat gewählt. Als Polizeivorstand war er bis 1958 im Gemeinderat tätig, wo er von 1950 bis 1958 die Fürsorgekommission präsidierte. Hier konnte er seine soziale Einstellung zur Geltung bringen. Wenn im Kanton die Altersbeihilfen verbessert wurden, war es jeweils Emil Ott, der für Dübendorf die maximalen Gemeindeleistungen für die betagten Leute vor dem Gemeinderat und der Gemeindeversammlung vertreten hat. Ein grosses Anliegen war ihm die Schaffung eines Altersheims. Auf seine Anregung hin hatte die Gemeinde in den letzten Jahren seiner Amtszeit einen Fonds von 350 000 Franken gebildet.
Er war der Wegbereiter des Altersheims Dübendorf, welches von seinem Nachfolger Ernst Maurer dann auch realisiert werden konnte. Als bei seiner Frau und ihm die Kräfte nachliessen und sie Pflege benötigten, übersiedelten sie ins Altersheim. Seine Frau starb dort 1988. Er fühlte sich im Altersheim wohl und daheim. Es freute ihn, dass seine Tochter dort arbeitete und sie manchmal ein Wort wechseln konnten. An seinem Stammplatz in der Cafeteria plauderte er gerne, besonders mit alten Dübendorfern. Im hohen Alter von 93 Jahren verstarb Emil Ott am 6. Oktober 1999.

Guy Maeder, Gemeinderat
Als Perle seines Schaffens während seiner Amtszeit kann die Errichtung des ersten Dübendorfer Freibads bezeichnet werden. Auch eine neue vorbildliche Friedhofanlage sowie die Schaffung einer Friedhofsverordnung fielen in seine Wirkungszeit. Eine weitere Massnahme war die Einführung der wöchentlich zweimaligen Kehrrichtabfuhr mit dem hygienischen Ochsnersystem. Ganz grosse Verdienste hat sich Guy Maeder um den sozialen Wohnungsbau erworben. Er war Mitbegründer und erster langjähriger Präsident der Siedlungs- und Baugenossenschaft Dübendorf für einfaches Wohnen.

Werner Ringer-Müller, Präsident der ref. Kirchenpflege
Werner Ringer wurde am 21. April 1904 in Laupen BE geboren. Nach seiner Mechanikerlehre in Bern und der Rekrutenschule als Fliegersoldat auf dem Militärflugplatz Dübendorf, trat er am 17. Mai 1926 eine Stelle als Mechaniker bei der der Direktion der Militärflugplätze (DMP) in Dübendorf an. Während mehr als zwanzig Jahren diente er der reformierten Kirchgemeinde Dübendorf: in einer ersten Amtszeit von 1932 bis 1938 als Aktuar und von 1942 bis 1960. Von 1946 bis 1954 war er Vizepräsident und ab 1954 Präsident. In diese Zeit fiel die Planung und der Bau des Kirchgemeindehauses. Zuerst der Landkauf der Jean Kobli-Liegenschaft, der ehemaligen Fuhrhalterei, deren Abbruch und dann ab 1.10.1952 der Baubeginn durch die Firma Gebr. Bonomo. Die Einweihung fand am ersten Advent-Sonntag 1953 statt.

Als die Kirchenpflege die in bescheidenen Anfängen steckende Hauspflegeorganisation übernahm, stellte er sich als Rechnungsführer zur Verfügung. Unermüdlich arbeitete er am Ausbau der Hauspflege. Während langer Jahre betreute Werner Ringer selbständig den Versand und die Rechnung des Kirchenboten. Als langjähriger Präsident und Mitglied des Blauen Kreuzes Dübendorf vertrat er frei und weitherzig, wie es seine Art war, dessen Anliegen immer wieder in der Kirchenpflege. Zwei kurze Spitalaufenthalte Ende 1996 und kleinere Erkrankungen machten ihn pflegebedürftig. Gerne nutzte er nun die Dienste der einst von ihm aufgebauten Hauspflege. Bis zu seinem Tode am 25. Juni 1997 war Werner Ringer treues Mitglied der SP Dübendorf. 1995 feierte ihn die SP Dübendorf als ihr ältestes Mitglied.

Altersheim wird realisiert
Die neuen SP-Gemeindräte sahen sich sofort wieder mit neuen schwierigen Aufgaben konfrontiert. Die Motion Jaberg zur Einfüh-



Werner Ringer-Müller 1954 - 1960 Präsident ref. Kirchenpflege Dübendorf

1953

1958



Walter Mettler
Gemeinderat 1958 – 1967
Kantonsrat 1963 – 1967
verstirbt 1967 im Amt

rung des Busverkehrs Mattenhof-Dübendorf wurde im Mai 1958 angenommen und deren Realisierung und die spätere Erweiterung des Busnetzes fielen in das Ressort von Ernst Maurer.
Ganz stark wurde er bei der weiteren Bearbeitung des Altersheim-Projektes beansprucht. Ernst Maurer hat viele Stunden Freizeit geopfert, bis 1966 das Altersheim und die Alterssiedlung an der Fällandenstrasse endlich eingeweiht werden konnten.

Im April 1963 wurde Walter Mettler in den Kantonsrat gewählt, wo er Guy Maeder ablöste. Auch Walter Mettler hatte sich im Zuge der weiteren Expansion der Gemeinde mit neuen Problemen zu befassen. Die Kläranlage und die Verbrennungsanlage bereiteten ihm einige Sorgen.

Genossenschaft GESPAD
Nochmals erwarb sich Guy Maeder grosse Verdienste für Dübendorf. 1961 wurde er Präsident des Aktionskomitees, das später zur Verwaltung der GESPAD (Genossenschaft Sportanlagen Dübendorf) bestimmt wurde. Diese Genossenschaft setzte sich für den Bau moderner Sportanlagen, insbesondere einer Kunsteisbahn ein. Wie viele Stunden Arbeit es brauchte, bis er im Oktober 1967 die Eisbahn ihrem Betrieb übergeben konnte, wusste wohl nur er allein.

Hansjörg Braunschweig bringt neue Impulse
1965 nahm der Basler Dr. iur. Hansjörg Braunschweig Wohnsitz in Dübendorf. Mit ihm hatte unsere Sektion eine wortgewaltige Verstärkung erhalten. Mit seinen unkonventionellen Ansichten stiess er im bürgerlich-konservativen Dübendorf nicht überall auf grosse Sympathien. Es darf jedoch festgestellt werden, dass er der Sektion neue Impulse gab. Schon bald nach seinem Eintritt wurde auf seine Initiative hin ein Bildungsausschuss von der SP und den Gewerkschaftsgruppen der Gemeinde gebildet. Dieser Ausschuss, bekannt unter dem Namen «Piste D», organisierte während mehreren Jahren interessante Veranstaltungen, Besuche und Vorträge.

Unsachliche Angriffe
Zu recht unrühmlichen Zwischenfällen kam es 1967 bei der Wahl um zwei zusätzliche Gemeinderatssitze, als die Sitzzahl von 7 auf 9 erhöht wurde. In einem ersten Wahlgang erreichte nur der Kandidat der damaligen BGB, Ernst Graf, das erforderliche absolute Mehr. Für den zweiten Wahlgang stellte die SP Hansjörg Braunschweig auf, weil Albert Schmidmeister auf eine weitere Kandidatur verzichtete. Der Wahlkampf wurde hart und alles andere als fair geführt. Braunschweig wurde unsachlich persönlich angegriffen, weil er sich für die Schaffung eines Zivildienstes eingesetzt hatte. Obschon er selbst seinen Militärdienst geleistet hatte, wurde ihm Militärfeindlichkeit vorgeworfen. Das hat nicht nur ihm in der Waffenplatzgemeinde Dübendorf viele Vorurteile gekostet, sondern auch späteren SP Stadtratskandidaten. Gewählt wurde schliesslich Fred Borsinger von den Freisinnigen.

Walter Mettler verstirbt im Amt
Das Jahr 1967 endete für die SP Dübendorf recht unglücklich. Sie verlor am 18. November unerwartet den Gemeinde- und Kantonsrat Walter Mettler im Alter von nur 53 Jahren. Als Gesundheitsvorstand war er in verschiedenen Kommissionen, die zu seinem Ressort in engerer Beziehung standen, tätig gewesen (Spitalkommission des Bezirkskrankenhauses Uster und der Bau- und Betriebskommission des Zweckverbandes Klär- und Kehrrichtverbrennungsanlagen ARA). Es gelang der SP nicht, bei der Ersatzwahl auf Anhieb gleich eine ebenso profilierte und bekannte Persönlichkeit, wie sie Walter Mettler darstellte, vorzuschlagen. So verwunderte es nicht, dass nach einem unschönen Kesseltreiben seitens der bürgerlichen Parteien, im zweiten Wahlgang der SP-Kandidat Hermann Gehring dem Landesring-Vertreter Adolf Kurz unterlag.

Fast ein Jahr nach dem Tode von Walter Mettler verlor die Sektion nochmals ein prominentes Mitglied. Am 19. Oktober 1968 starb im Bezirkspital Uster Jean Oberli an den Folgen eines Unfalls. Während vielen Jahren hatte er zahlreiche Berichte und Artikel für die

Lokalzeitungen verfasst. Neben der SP hatte er auch im Mieterverein und in verschiedenen Genossenschaften gewirkt.

Braunschweig im Kantonsrat, Egger im Gemeinderat
Da Hansjörg Braunschweig im Kantonsrat die Nachfolge von Walter Mettler übernommen hatte, sah er sich wegen Arbeitsüberlastung gezwungen, 1969 als Präsident der Ortspartei zurückzutreten. Nach zweijährigem Unterbruch übernahm wieder Lehrer Walter Egger das Präsidium.
Er war es auch, dem es im März 1970 bei den Gesamterneuerungswahlen gelang, den verlorenen Gemeinderatssitz zurück zu gewinnen. Ernst Maurer wurde als Gemeinderat bestätigt. Im Übrigen konnte die SP alle bisherigen Mandate halten, je zwei Sitze in der Primar- und Oberstufenschulpflege und in der Kirchenpflege. Die von der SP portierte Elisabeth Weber schaffte als Parteilose den Einzug in die reformierte Kirchenpflege.

Verbesserung der AHV-Gemeindebeihilfen
Im Juni 1971 gelang es an der Gemeindeversammlung auf Antrag der Sozialdemokraten und unter Mithilfe von bürgerlicher Seite, eine neue Verordnung über die zusätzliche AHV-Beihilfe der Gemeinde durchzubringen. Der SP-Gegenvorschlag beinhaltete wesentlich bessere Ansätze als die vom Gemeinderat vorgeschlagene Verordnung. Diese Beihilfen sollten 2005 durch den bürgerlichen Stadtrat und durch den von der SVP dominierten Gemeinderat mit Hilfe der Grünen wieder abgeschafft werden!

In den 70-iger Jahren liefen bereits die ersten Vorarbeiten für Planung und Bau eines Stadthauses. Schon früher hatte das Projekt für ein Kultur- und Freizeitzentrum in der «Oberen Mühle» Wurzeln gefasst. Es war jedoch symptomatisch für Dübendorf, dass ausser vielen Plänen und viel Gerede nichts verwirklicht wurde.

1974 Einführung des Gemeindeparlamentes
Anfangs der 70-iger Jahre arbeiteten einige SP-Vertreter aktiv in der vorbereitenden Kommission der neuen Gemeindeordnung mit (Einführung der ausserordentlichen Gemeindeorganisation mit Grossem Gemeinderat). Diese wurde an der Urnenabstimmung vom 20. Mai 1973 mit grossem Mehr angenommen. Von den SP-Anliegen blieben einzig zwei nicht berücksichtigt (Ombudsmann und Ausländerkommission) und fanden keine Aufnahme in der neuen Gemeindeordnung.

Mit der Wahlplattform «Dübendorf muss wohnlicher werden», stieg die SP Dübendorf in den Wahlkampf 1974. Am 3. Februar 1974 wurden sieben Sozialdemokraten in den Grossen Gemeinderat gewählt. Die Stimmbeteiligung betrug 45,8%. Im Stadtrat war man weiterhin mit Ernst Maurer und Walter Egger vertreten. In die Oberstufenschulpflege waren Hermann Gehring und Peter Stoffel, in die Primarschulpflege, Sylvia Braunschweig und Armand Henggeler gewählt worden. In der Kirchenpflege war die SP mit Elisabeth Weber und Toni Lanzendörfer vertreten. Die SP Gemeinderatsfraktion setzt sich zusammen aus: Georges Bretscher, Sozialpsychologe, 1944 / Hermann Gehring, eidgenössischer. Beamter, SBHV 1931 / Armand Henggeler, 1919, technischer Mitarbeiter / Manfred Rieser,1947, Bauführer / René Roth, 1930, Elektro-Monteur, VPOD / Albert Schmidmeister, Maurer-Polier, SBHV, 1922 / Rolf Zwahlen, 1952, Student.

Hartes Klima für die SP im Grossen Gemeinderat
Im 40 Sitze zählenden Gemeindeparlament bekam die SP bald das raue Klima mit seiner grossen bürgerlichen Mehrheit zu spüren. Obschon zusammen mit der SVP (BGB) stärkste Fraktion, fand man vorerst keine Aufnahme im Ratsbüro. Nur langsam konnten die Sozialdemokraten durch gewissenhafte Arbeit das Misstrauen der bürgerlichen Ratskollegen abbauen. Im Juni 1975 verliess Georges Bretscher wegen Wohnortswechsel die Fraktion. Auch im Präsidium der Sektion gab es einen Wechsel, weil Heinz Vontobel ebenfalls aus Dübendorf wegzog. An seine Stelle trat Emil Eyermann. Weil Peter Stoffel den Ratssitz von Georges Bretscher übernahm und aus der Schulpflege austrat, kam es für seinen Ersatz zu einer Kampfwahl. Die SP-Kandidatin Renate Schmidli unterlag ehrenvoll



Walter Egger
Gemeinde- und
Stadtrat 1970 – 1982

1975

1975



1. Mai 1976 in Dübendorf

dem von der Partei Freier Einwohner und Bürger portierten und bald von allen bürgerlichen Parteien unterstützten Urs Kasser.

Ernst Maurer, Gemeinderat 1958-78
Während 5 Amtsdauern (20 Jahre) war er Polizeivorstand und Stellvertreter des Werkvorstandes gewesen. Zu seinem Ressort gehörte bis 1970 auch die Fürsorge, und damit hatte er sich in den sechziger Jahren mit der Projektierung und dem Bau des Altersheims zu befassen. Er packte diese grosse Aufgabe mit der für ihn typischen ruhigen Beharrlichkeit an und führte sie zäh und unbeirrt zum erfolgreichen Ende. In seine Amtszeit fiel auch der Ausbau der Stadtpolizei und des Zivilschutzes. Er befasste sich sehr intensiv mit den Belangen des öffentlichen Verkehrs, förderte Busverbindungen, deren Fahrpläne er in wohlangemessenen Schritten ständig verbesserte. Er scheute sich nicht, auch unpopuläre Anträge auszuarbeiten und zu vertreten, wenn er sie als notwendig erachtete, so zum Beispiel bei der Einführung der Gebührenpflicht für das Nachtparkieren.

Politik der kleinen Schritte
Die SP-Kommunalpolitik der Mitte 70-iger kann als Politik der kleinen Schritte bezeichnet werden. Im Bewusstsein, dass viele Anliegen sofort auf den harten bürgerlichen Widerstand stiessen, bemühte man sich auf der sozialen Linie liegende Vorlagen zu unterstützen (z.B. Pflegeabteilung im Alterszentrum, Projekt Obere Mühle usw.). Das heisst nun aber nicht, dass man überhaupt keine Alternativpolitik zu der eher konservativen Vorstellung der meisten anderen Parteien betrieben hätte. So versuchten die SP-Parlamentarier dem Stadtrat durch kleine Anfragen, Interpellationen und Motionen etwas «Beine zu machen». Die wichtigsten darunter waren Robinsonspielplatz Zelgli, Versammlungslokale, Zweckbestimmung Jugend- und Freizeithaus, Schaffung einer Kinderkrippe, Projekt Obere Mühle, Erwachsenenbildung, Schulzahnklinik und Rauchgaskontrolle. Spektakuläre Erfolge konnten in der ersten Amtsdauer des Parlaments nicht erzielt werden. Ein recht klarer Erfolg konnte allerdings bei einer Schützenhausvorlage errungen werden. Gegen den Kredit von 951400 Franken für den Wiederaufbau ergriff man zusammen mit dem Landesring das Referendum. Nicht etwa, weil man gegen ein Schützenhaus gewesen wäre, sondern weil einerseits mit allzu grosser Kelle angerührt werden sollte (Luxus-Schützenhaus) und weil andererseits die Möglichkeit eines regionalen Schiessplatzes besser abgeklärt werden sollte. Im Vorfeld der Neuwahlen lancierte die SP 1978 die Initiative für ein Jugendhaus mit vollamtlicher Leitung.

Sitzgewinne im Gemeinderat und Abwahl von Ernst Maurer
Die Neuwahlen 1978 brachten den Sozialdemokraten im Grossen Gemeinderat einen Sitzgewinn, aber die Freude war getrübt durch den Sitzverlust von Ernst Maurer im Stadtrat. Er war 1958 als Mitglied der Exekutive – damals war das der siebenköpfige Gemeinderat – gewählt worden. Sein relativ schon hohes Alter (Jahrgang 1912) waren ihm vom Volk zum Nachteil gewertet worden. Der Sitzgewinn im Gemeinderat war wohl auf die sehr originell gestaltete Wahlbroschüre für ein wohnliches Dübendorf zurück zu führen. Darin der provokative Satz: «Macht militärischer Lärm keinen Krach?»
Die neue 8-köpfige SP Gemeinderatsfraktion setzt sich zusammen aus: Renate Schmidli, Sekretärin, VPOD, 1941 / Ueli Brunner, El. Ing. HTL, 1946 / Hermann Gehring, eidg. Beamter, SBHV, 1931 / Peter Stoffel, 1932, Bankbeamter, VPOD / Manfred Rieser, 1947, Bauführer / René Roth, Elektro-Monteur, VPOD, 1930 / Emil Eyermann, Produktionsangestellter, VHTL, 1929 / Rolf Zwahlen, 1952, lic. iur.

An der ersten Sitzung der zweiten Legislaturperiode wählte der Grosse Gemeinderat Hermann Gehring zu seinem Präsidenten. Er war das erste SP Mitglied, dem die Ehre zufiel, der höchste Dübendorfer zu sein.

Elisabeth Weber wurde von der SP als Präsidentin der reformierten Kirchenpflege nominiert und auch gewählt. Sie war damit nach Ernst Ringer in den 50-er und 60-er Jahren das zweite SP Mitglied, die dieses Amt ausübte, aber auch die erste Frau in Dübendorf.

Stimmen

Eine ganz andere Sicht aktueller Fragen

von SP Genossinen und Genossen zum 90 Jahr Jubiläum 1996

Andreas Bachofen, Soziologiestudent, geb. 1975, SP-Mitglied seit 1993

Ich wurde am 15. Oktober 1975 in Nänikon geboren und kam als Zweijähriger nach Dübendorf. Die Kantonsschule schloss ich im Sommer 1994 mit der Matura Typus C ab und studiere seither Soziologie im Hauptfach an der Universität Zürich. Eben habe ich das Grundstudium abgeschlossen und beginne nun mit dem Forschungsstudium. In die SP Dübendorf bin ich Ende 1993 eingetreten, seit dem Sommer 1994 bin ich Mitglied der Jugendkommission Dübendorf und seit Herbst 1995 im Vorstand des Verbandes Studierender an der Universität Zürich (VSU).

Als jüngstes SP-Mitglied der Sektion Dübendorf betreffen meine Erfahrungen nur die letzten drei Jahre. Vor dem Eintritt stellte sich bei mir eigentlich nur die Frage, ob ich eher zu den Grünen oder zur SP soll. Dass ich in einer linken, progressiven Partei aktiv werden wollte, das war mir schon seit einigen Jahren klar. Den Grund für meine Wahl erklärte ich dem damaligen Ortspräsidenten Ueli Brunner in etwa so: Der Gedanke des Umweltschutzes, der vernünftigen Verkehrs- und Energiepolitik ist für mich notwendigerweise im Ziel des demokratischen Sozialismus, wie es die SP anstrebt, inbegriffen.

Was für andere wohl ein Hinderungsgrund gewesen wäre, hat mich an der SP Dübendorf ganz besonders gereizt: Meine Stellung als praktisch einziger Jugendlicher in der Partei! Ich habe zum Teil eine völlig andere Sicht auf aktuelle Fragen, einerseits wegen des Altersunterschieds, andererseits ist für mich «68» völlig unbedeutend. Dagegen beschäftigt mich sehr die Entstehung der chaotischen, so genannt «neuen Weltordnung» in den Jahren nach 1989. Konkret heisst das: Wer profitiert von den Deregulierungen und der Globalisierung der Wirtschaft, und wer leidet darunter? Was bedeutet der Zusammenbruch der totalitären Staaten im Osten für Europa und die Schweiz? Sind die gegenwärtigen demokratischen Strukturen genügend stark, um dem Druck der internationalen Konzerne auf politische Entscheide standzuhalten? Wenn nein, wie lauten dann Alternativen und Ergänzungen?

Dass ich dann bei manchen parteiinternen Abstimmungen mit meinen Ideen haushoch scheiterte, gehört eben dazu und hindert mich keinesfalls daran, auch scheinbar Unbestrittenes oder Unstreitbares zu hinterfragen. Als Beispiele wären hier die Parolenfassungen zur Trennung von Kirche und Staat zu nennen, wo ich ein konsequentes «Ja» vertrat, oder der AHV-Vorlage, die ich wegen der Erhöhung des Rentenalters für die Frauen inakzeptabel fand. Auch votierte ich im letzten Winter für den Austritt der SP aus dem Regierungsrat, anstatt den bürgerlichen Wunschkandidaten zu nominieren.

Dass in der SP Dübendorf mehrere Richtungen vertreten sind, macht die Diskussionen auch immer spannend. Eher Religiössoziale treffen auf Alt-68er, während ich wiederum von beiden ziemlich wenig halte. Meine eindrücklichsten Erlebnisse in der Sozialdemokratischen Partei sind daher in den persönlichen Gesprächen mit verschiedenen Genossinnen und Genossen zu suchen, auch ausserhalb von Veranstaltungen, wo ich trotz oft unterschiedlicher Auffassungen sehr viel Unterstützung spüre und dies sehr schätze. Auch wenn die Meinungen aufeinanderprallen, sind wir uns eben doch in einem einig: Die Schweiz braucht eine starke Sozialdemokratische Partei. Der SP wünsche ich daher in all den vielen Sektionen – speziell auch in Dübendorf – die nötigen Frauen und Männer, die gewillt sind, wahre Alternativen zu erarbeiten. Dazu sind auch vermehrt junge Leute nötig. Der Mangel an Erfahrung ist meiner Ansicht nach schnell überwunden, die zusätzliche Energie, die aber dazukommt, ist für die Zukunft sowohl der Sektion als auch der schweizerischen Partei unerlässlich. Diesbezüglich habe ich eigentlich auch keine Befürchtungen. Der diesjährige kantonale Parteitag hat mir gezeigt, wie ich sie mir so jung nicht vorgestellt hatte. Mögen auch die unter 30jährigen noch etwas spärlich gesät sein, das junge Gesicht der Partei gibt mir viel Hoffnung.

Ich glaube, dass auch ich in der nächsten Zeit noch etwas Unterstützung von Altersgenossinnen und –genossen bekomme, um diesen Schwung, den ich spüre, in dieser Sektion voll einzubringen. Von der SP wünsche ich mir, dass sie all diejenigen, die diesen Schwung haben und die Alternativen in Tat umsetzen wollen, mit aller Kraft unterstützt und keinesfalls den Idealismus dem Realismus opfert.

Stationen einer Biographie

Mein Grossvater war Sozialdemokrat, er lebte von 1890 bis 1975. Neben seinen Ämtern als Schulpfleger und Präsident der Armenpflege lag er gern dem Schiesssport ob und liebte die Geselligkeit. Als Kind bestaunte ich seine Sammlung von Orden und Auszeichnungen, aufbewahrt in einer alten Kartonschachtel. Seine Tochter war Hausfrau und meine Mutter. Sie steckte viel Zeit und Energie in ihren Wunsch, ein öffentliches Amt zu übernehmen und ihre neue Aufgabe auszuführen. Nachdem sie meinen Vater davon überzeugt hatte, wurde sie 1970 in die Kirchenpflege gewählt.

Ende der 70er Jahre bin ich durch die Anti-AKW-Bewegung politisiert worden. Ich wollte meinen ohnmächtigen, aber auch wütenden Gefühlen angesichts dieses so genannten Fortschritt Ausdruck geben. Für mich war es selbstverständlich, meine Überzeugung in der Öffentlichkeit zu demonstrieren. Für Frieden und Gerechtigkeit wollte ich auf die Strasse gehen. Der Glaube an eine gerechte Verteilung der Ressourcen und Güter wurde schon in meiner Mittelschulzeit erschüttert. Es erschreckte mich, zu welchen Taten der Mensch gegen seine Umwelt, gegen seine Brüder und Schwestern fähig war. Mit meinem Engagement wollte ich beitragen, dass etwas von diesen Ungerechtigkeiten verschwand.

Als GEU-Mitglied (Gruppe Energie und Umwelt) organisierte ich die ersten Verkäufe von Recycling-Schnüren, Seifenwaschmittel und Honig der Dritten Welt auf dem Wochenmarkt und freute mich an den Gesprächen mit den Marktbesucherinnen. Ich setzte mich in Leserbriefen, mit dem Sammeln von Unterschriften und in direkter Befragung von Autolenkerinnen für eine umweltfreundliche Verkehrs- und Zentrumsplanung ein und erlebte 1982 den für uns sehr überraschenden Einzug ins Dübendorfer Parlament.

In jenen Jahren gab es für mich keine Grenzen zwischen Freizeit, Politik und Kultur. Mein Freundeskreis war gleichzeitig politische Heimat, doch mein Herz schlug klar auf der sozialpolitischen Seite, und ich begann, mich Anfang der 80er Jahre immer mehr bei den Jungsozialisten zu engagieren. Von der Jung- zur Mutterpartei war es einerseits ein kleiner Schritt, andererseits klafften dazwischen ideologische Welten. Für mich wäre es ein moralischer Verrat gewesen, die papierene Mitgliedschaft bei der SP (1987) von Beginn weg zu unterschreiben. Themen wie die Lancierung der GSOA-Initiative (Gruppe Schweiz ohne Armee), die Befreiung Nicaraguas oder die Anti-Apartheid-Bewegung stiessen für mein Empfinden auf zu wenig Echo. Damals spielte ich mit dem Gedanken, mich als Repräsentantin einer jungen Politkultur ins Parlament wählen zu lassen. Es gab auch immer ein paar Kollegen und Kolleginnen, von denen ich mich unterstützt fühlte, aber Veranstaltungen mit wenig umstrittenen Inhalten wie Arbeitslosigkeit, Asylpolitik, Wirtschaft, Umwelt und kulturelle Anlässe brachten mir in den Reihen der SP mehr Erfolg. Erwähnt sei etwa das ehemalige Lindenhaus, eine kulturelle Begegnungsstätte, die auf reiner Eigeninitiative aufbaute. Innerhalb weniger Wochen war es zum Beispiel möglich, Jazz- oder Rockkonzerte, aber auch andere Anlässe zu organisieren. Das war ein Treffpunkt, wo ich auch Leute aus anderen Jungparteien kennen lernte und wo wir uns sporadisch zu überparteilichen Sitzungen zusammenfanden.

Aktive Frauen in der SP gab es in Dübendorf nicht viele, und so suchte ich den Austausch bei den überregional organisierten SP-Frauen, später bei den «grünen Frauen». Meine persönliche politische Stärkung erlebte ich denn auch mehrheitlich ausserhalb unserer Sektion und ich versuchte erst ab Beginn der 90er Jahre, mit gleichgesinnten Frauen in Dübendorf eine gute Basis zu bilden. In der Zwischenzeit seien wir zu einer gleichberechtigten Spezies geworden, behaupten viele unserer Männer, was ich stark bezweifle, wenn es beispielsweise um konkrete Machtansprüche geht.

Im Alter von 40 Jahren unterscheide ich heute zwischen meinem Arbeitsalltag, wo ich etwas verdiene, meiner alltäglichen Arbeit in Haus und Garten, meiner Freizeit und meiner politischen Tätigkeit. Beruf und Politik will ich als Sozialarbeiterin, die täglich mit Randgruppen unserer Gesellschaft in Kontakt steht, nicht künstlich trennen. Meine jugendliche Hoffnung, die Welt zu verändern, hat sich in eine «Schrittchen für Schrittchen» – Politik verwandelt. Ich bin, ohne dass sich meine Wertvorstellungen verändert haben, eine so genannte Realpolitikerin geworden.

In der Politik geht es nicht um Schwarz oder Weiss, Richtig oder Falsch. Es geht um verschiedene Interessen. Voraussetzung ist, dass alle ihre Interessen, Befürchtungen und Ängste offen darlegen und miteinander diskutieren, diese gegeneinander abwägen und miteinander entscheiden. Sonst verstricken wir uns immer wieder in endlose und unfruchtbare Pingpongspiele, in denen meist der wirtschaftlich Stärkere gewinnt. Meine Interessen transparent zu machen und mich nicht in Machtspiele verwickeln zu lassen, dies ist mein Ziel in der Politik und im Parlament. Es ist zugleich mein Wunsch an die SP, aber auch an alle anderen Parteien.



Dorothee Weber
Gemeinderätin SP
SP-Mitglied seit 1987

Stimmen

von SP Genossinen und Genossen zum 90 Jahr Jubiläum 1996

1978 SP Nationalrat aus Dübendorf
Nach seinem jahrelangen Einsatz als SP Kantonalpräsident und im Zürcher Kantonsrat durfte Hansjörg Braunschweig 1978 Einsitz im Nationalrat in Bern nehmen. Seine sprichwörtliche Bescheidenheit gebot ihm, auf Feierlichkeiten durch die Stadt Dübendorf zu verzichten. Nichtsdestotrotz war die Freude in der SP Sektion Dübendorf riesengross.

1981 Die SP Dübendorf feiert ihr 75 Jahr Jubiläum
Am 26. September feierte die SP Sektion im Märtplatzkafi dieses Ereignis. Dazu war der bekannte Liedermacher der Alternativszene, Ernst Born, eingeladen. Er begeisterte das Publikum mit seinen Liedern, die ihm 1980 den deutschen Kleinkunstpreis eingebracht hatten. Das Organisationskomitee Toni Lanzendörfer und Fritz Burkhalter hatten das Fest organisiert und auch für das leibliche Wohl gesorgt. Rolf Michel betätigte sich als Discjockey.

Toni Lanzendörfer kandidiert als Stadtrat und Stadtpräsident
Für den im Amt verstorbenen Stadtpräsidenten Dr. Ernst Bosshard wurde eine Nachwahl nötig. Toni Lanzendörfer jun. kandidierte für die Juso für dieses Amt. Jux oder ernst? Auf jeden Fall belebte er den Wahlkampf als «Toni, der aus dem Glas» ausserordentlich und buchte mit 461 Stimmen für das Präsidium und 568 Stimmen für den Stadtrat einen Achtungserfolg. Gewählt wurden Dr. Max Trachsler, BGB, zum Stadtpräsidenten und Heidi Johner, DP, als Stadträtin.

Schlappe bei den Gemeindewahlen 1982
Weniger erfolgreich verliefen die Neuwahlen 1982: Die SP verlor nicht nur zwei Sitze im Grossen Gemeinderat, sondern auch ihren letzten Stadtratssitz, weil Walter Egger abgewählt wurde. Die aktive Arbeit der SP Gemeinderatsfraktion und die Idee «Rufbus als Dübendorfer Nahverkehrskonzept der Zukunft», wurde vom Volk offensichtlich nicht honoriert. Mit auf Anhieb vier Sitzen zog die Gruppe «Energie und Umwelt» im Gemeindeparlament ein, was der SP im linken Lager Stimmen gekostet haben dürfte. Mit dem Dreierticket Walter Egger, Hermann Gehring und Renate Schmidli für den Stadtrat war das Fuder offenbar überladen.
Hermann Gehring trat 1982 nach 16 Jahren als Mitglied der Oberstufenschulpflege zurück. Er konnte durch Peter Hüberli ersetzt werden. Die übrigen Behördenmandate konnten gehalten werden.

Walter Egger, Gemeinde- und Stadtrat
Als Werkvorstand stand Walter Egger von 1970 bis 1982 der Werkkommission vor. Während seiner Amtstätigkeit wurde eine grosse Zahl von wichtigen Aufgaben bewältigt: Der weitere technische Ausbau des Versorgungsnetzes, die forcierte Verkabelung von Freileitungen, die Modernisierung und der Ausbau der Netzsteuerung, die Verbesserung der Strassenbeleuchtung, die Einführung der zusätzlichen Beleuchtung von Fussgängerstreifen, der Bau der Messstation Zwinggarten, und die Prüfung von Energiesparmassnahmen. Von nachhaltiger Bedeutung war die Umstellung auf Erdgas und die damit verbundene Förderung der Erdgasheizung. Als Arbeitgebervertreter gehörte er der Pensionskassenkommission der Stadt Dübendorf an.

Elisabeth Weber war bei den Erneuerungswahlen der reformierten Kirchenpflege bestätigt worden. Fernand Vuilleumier trat die Nachfolge von Sylvia Braunschweig in der Primarschulpflege an und René Roth wurde wieder in die Gesundheitskommission gewählt.

Die SP-Fraktion im Gemeinderat 82-86 setzt sich wie folgt zusammen: Hermann Gehring, GBH, bisher, 1931, Verwaltungsbeamter / Ueli Brunner, bisher, 1946, El. Ing. HTL, Stellenleiter / Hans-Ruedi Baumberger, SKV, bisher, 1943, Luftverkehrsangestellter / Emil Eyermann, VHTL, bisher, 1929, Produktionsangestellter / Willi Gebs, bisher, 1936, Gemeindehelfer und neu Walter Bosshard, 1940, Bauingenieur.

Eklat im Gemeinderat
Im Gemeindeparlament verlässt die SP-Fraktion am 7. Juni 1982 unter Protest den Saal, weil ihre Kandidatin Margrit Brunner für die



Das Mitteilungsblatt in den 80er Jahren

1978
1982

1982



Lindenhaus

Fürsorgebehörde gegen einen bürgerlichen Kandidaten das Nachsehen hatte. Der Anspruch der SP wäre mehr als gerecht gewesen. Mit Ueli Brunner und dem 1982 neu gewählten Walter Bosshard, sowie Hans-Ruedi Baumberger, der 1979 Rolf Zwahlen durch Nachrutschen ersetzte, sassen anfangs der 80-er Jahre drei sehr aktive Gemeinderäte im Parlament.

SP-Aktivphase anfangs der 80er Jahre

In den folgenden Jahren reichte die SP-Fraktion bis 1985 nicht weniger als 25 parlamentarische Vorstösse ein. Die Palette der Motionen, Interpellationen und schriftlichen Anfragen betrafen sowohl soziale Anliegen (Alimentenbevorschussung, Jugendzahnpflege, spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege, gemeinnütziger Wohnungsbau), wie auch diverse energie- und verkehrspolitische Fragen (Wärmerückgewinnung aus Abwasser, Holzverwertung, Energiesparmassnahmen bei öffentlichen Gebäuden, Verkehrsberuhigungsmassnahmen, Wohnstrassen). Aber auch Naturschutzanliegen (Erhaltung von Obstgärten, Naturschutzgebiete usw.) wurden im Rat eingebracht.

«Kultur- und Freizeitzentrum Obere Mühle»

Erfolgreich agierte die SP Dübendorf 1982 mit der Lancierung der Initiative für ein Kultur- und Freizeitzentrum Obere Mühle. SP Gemeinderat Hans-Ruedi Baumberger startete als Erstunterzeichner mit einem siebenköpfigen Komitee eine Initiative, die am 21. Oktober 1982 mit 708 Unterschriften eingereicht wurde.
Der Gemeinderat erklärte am 7. Februar 1983 diese Initiative mit 37 zu 0 Stimmen als gültig und überwies sie dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragsstellung. Wenige Wochen danach gründete Baumberger mit einigen anderen Mitgliedern des Initiativkomitees und weiteren Interessierten den Verein «Pro Kultur- und Freizeitzentrum Obere Mühle». Der Vereinsvorstand wirkte 1983 aktiv mit im Organisationskomitee der Dübendorfer Kulturwochen, die erstmals im Herbst 1983 über zahlreiche Bühnen gingen. Im «Lindenhaus», der ehemaligen Telefonzentrale, das in gewissen Sinn als Provisorium für das spätere, grössere Zentrum genutzt wurde, probte man den zukünftigen Betrieb der Oberen Mühle. Diese Aktivitäten sollten zum Wegbereiter für die späteren erfolgreichen Abstimmungen werden. Nachdem ein Gegenvorschlag des Stadtrates 1984 im Parlament abgelehnt wurde, kam die Initiative am 10. März 1985 zur Volksabstimmung, wo sie mit 3044 Ja gegen 1479 Nein angenommen wurde. Die auf der Basis eines 1985 von Architekt Bob Gysin gewonnenen Wettbewerbs aus-gearbeitete Vorlage über einen Bruttokredit von 4,6 Millionen Franken wurde an der Volksabstimmung vom 7. Dezember 1986 genehmigt. Die Eröffnung erfolgte im Mai 1990.

SP stellt zum zweiten Mal den Ratspräsidenten

Mit Hans-Ruedi Baumberger wurde für die Amtsdauer 1984/85 ein SP-Gemeinderat mit guten 35 Stimmen als Ratspräsident gewählt. Er war damit der zweite SP-Ratspräsident seit der Einführung des Parlaments im 1974 in Dübendorf.

1986 erfolglose Kandidatur für den Stadtrat

Mit dem Wahlkampfmotto «So nümme!» stieg die SP erwartungsvoll in die Gemeindewahlen vom 2. Februar 1986. Für den Stadtrat nominierte sie Ursula Häusler und Hans-Ruedi Baumberger, welche frischen Wind in den Stadtrat bringen sollten. Mit relativ wenig fehlenden Stimmen verpasste Hans-Ruedi Baumberger die Wahl knapp. Ursula Häusler war noch zu wenig bekannt in der Gemeinde und hatte keine Chance auf eine Wahl. Im Gemeinderat konnte die SP ihre sechs Sitze bewahren, obschon die Gruppe Energie und Umwelt, GEU, nochmals zugelegt und einen fünften Sitz errungen hatte. Als Trostpflaster wird Hans-Ruedi Baumberger am 2. Juni 1986 als Mitglied der Fürsorgebehörde gewählt, in welcher die SP seit 8 Jahren nicht mehr vertreten war.
Die SP-Gemeinderatsfraktion 1986-90 setzt sich zusammen aus: Ueli Brunner, bisher, 1946, El. Ing. HTL, Stellenleiter / Hans-Ruedi Baumberger, SKV, bisher, 1943, Luftverkehrsangestellter / Ursula Häusler, 1943, lic. iur., neu / Emil Eyermann, VHTL, bisher, 1929, Produktionsangestellter / Hermann Gehring, GBH, bisher, 1931, Verwaltungsbeamter / Dr. Walter Bosshard, 1940, Bauingenieur.

Ueli Brunner wird am 3. März als Präsident der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt. Der unter der Amtsdauer verlorene Sitz in der Oberstufenschulpflege wegen Wegzug aus der Gemeinde von Peter Hüberli konnte durch Ivo Ramer ersetzt werden. Elisabeth Weber als Präsidentin und Toni Lanzendörfer sen. werden in der reformierten Kirchenpflege bestätigt. 1988 ersetzt Margrit Senn-Gallmann Toni Lanzendörfer sen.

Die Serie der parlamentarischen Vorstösse wurde fortgesetzt zu Themen wie z.B. Nutzung Sonnenenergie für Schwimmbad, Beschränkung Militärfluglärm, Regionalbuslinie Dübendorf - Kloten, Chemie in Dübendorf, Kleintiergehege für Altersheim etc.

1990 wieder Sitzgewinn im Stadtrat
«Mit ganzem Härz für e läbigs Dübedorf» startete die SP in die Gemeindewahlen 1990. Nach acht Jahren Absenz im Stadtrat, gelang endlich wieder ein Sitzgewinn. Die beharrliche Arbeit von Hans-Ruedi Baumberger als Gemeinderat, als Mitglied der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte, in der Fürsorgebehörde Dübendorf, sein kulturelles Engagement für die Obere Mühle brachte dieses Mal den Erfolg und die Wahl in den Stadtrat. Die Gemeinderatsfraktion konnte ihre Sitzzahl trotz der mageren Stimmbeteiligung von nur 31% halten. Mit Ueli Brunner war allerdings ein sehr verdienstvolles Ratsmitglied nicht mehr zur Wahl angetreten. Die neue SP-Gemeinderatsfraktion setzt sich zusammen aus: Ursula Herren, lic. iur. Walter Bosshard, Bauingenieur / Fernand Vuilleumier, Lehrer, neu / Max Senn, technischer Angestellter / Theo Zobrist, Möbelrestaurateur, neu / Kathrin Wächter, Landschaftsarchitektin, neu
In die Primarschulpflege wurde für die SP Doris Hautle und als Präsident der Oberstufenschulpflege gewann Yvo Ramer recht überraschend die Wahl.
In der reformierten Kirchenpflege nahm Margrit Senn nebst der wieder als Präsidentin gewählten Elisabeth Weber Einsitz.

Im Stadtrat übernahm Hans-Ruedi Baumberger das Ressort Tiefbau- und Planung. Mit dem Ausbau der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Neugut, der Einsitznahme in verschiedenen stadträtlichen und regionalen Kommissionen, den Planungsarbeiten Hochbord, Revision der kommunalen Richtplanung, der Aufarbeitung alter, unerledigter Tiefbauabrechnungen, diverse Quartier- und Gestaltungspläne usw. wartete ein gerüttelt Mass Arbeit auf ihn. Ein Höhepunkt seiner Mitarbeit im Stadtrat war die Erarbeitung des Leitbildes 91, welches bis heute noch Impulse für die politische Arbeit in Dübendorf sein könnte, wenn man es sich wieder etwas zu Gemüte führen würde.

Der politische Montag, 1991 – 2001
Unter der Präsidentschaft von Ueli Brunner, wurde die Idee des politischen Montags geboren. Statt sture Parteiversammlungen abzuhalten, wurden jährlich sechs bis sieben Themen zum Anlass des politischen Montags genommen. Dazu sind bekannte Politikerinnen und Politiker aus der Gemeinde, dem Kanton oder aus dem Nationalrat zu aktuellen Themen als Referenten eingeladen worden. Die Veranstaltungen waren öffentlich und auch die Presse war dazu eingeladen. Nachfolgend einige Themen, die am politischen Montag behandelt wurden: Arbeitslosigkeit, Kinderspielplätze, Wohnungsnot, Asylpolitik, Kantonsschule, Hochbord, Drogenhilfe, Tagesschule, Militärfluglärm, Schulpolitik, AusländerInnen, Krise im Spital Uster, Stop FA-18, Schwimmbadsanierung, Tagesmütter, Hort, Mittagstisch, Rüstungskonversion, Feuerwehrgebäude, Abwassergebühren, Kirche und Politik etc. etc.

Die Gemeinderatsfraktion bleibt aktiv
Mit verschiedenen Vorstössen hält die SP-Gemeinderatsfraktion den Stadtrat auf Trab, so z.B. mit Tempo 30 Geeren, Verhältnisse im Arbeitsamt, Stadtsaal, Gemeindesicherheitsdienst, Privatfliegerei Flugplatz Dübendorf, Nutzung Investitionsbonus.

Rücktritt von Elisabeth Weber als Kirchenpflegepräsidentin
1992 löste ihr Rücktritt eine Kampfwahl in der Kirchenpflege aus. Die FdP machte unserer Kandidatin Margrith Senn für das Präsidium das Amt streitig und es gelang ihr mit Kathrin Guggisberg der SP das



1990: Besuch bei Hansjörg Braunschweig im Bundeshaus

1992

1992 1996



Hans Ruedi Baumberger
Gemeinderat 1979 – 1990
Stadtrat 1990 – 1998

Präsidium im 2. Wahlgang abzujagen. Daniel Kolb (SP) schaffte am 12. Februar 2003 in einer stillen Ersatzwahl den Einzug in die Kirchenpflege.

Ursula Herren wird Ratspräsidentin
Nachdem Ursula Herren (damals noch Ursula Häusler)1986 erfolglos für den Stadtrat kandidiert hatte, fällt ihr 1993 die Ehre zu, den Gemeinderat im Amtsjahr 1993/94 zu präsidieren. Mit guten 33 Stimmen wird sie auf den «Bock» gewählt. Seit 1990 wirkte sie in der Kommission für Raumplanung und Landgeschäfte mit und war 1991 zur zweiten und 1992 zur 1.Vizepräsidentin gewählt worden. Wie ihre SP Vorgänger in diesem Amt, bringt sie ihre Präsidialzeit problemlos über die Runden.

Stadtratssitz kann gehalten werden
Wegen verschiedenen Anfechtungen aus dem bürgerlichen Lager, weil er diverse Verkehrsberuhigungsmassnahmen (erste Schwellen und Tempo 30 Zone in Gockhausen, erster Kreisel an der Zwinggartenstrasse) umgesetzt hatte, war Hans-Ruedi Baumbergers Wiederwahl 1994 recht knapp ausgefallen.

Herber Verlust im Gemeinderat
Unerwartet musste im Parlament ein SP Sitzverlust hingenommen werden. Dafür schaffte eine zweite Frau den Einzug in den Gemeinderat. Die SP-Fraktion setzt sich neu aus Ursula Herren / Elfi Anderegg-Regner, neu / Dorothee Weber, neu / Walter Bosshard, Max Senn und Theo Zobrist zusammen. Doris Hautle schaffte die Wiederwahl in die Primarschulpflege und Yvo Ramer ebenfalls wieder die Wahl zum Präsidenten der Oberstufenschulpflege. Nach dem Rücktritt von Elisabeth Weber als Präsidentin der reformierten Kirchenpflege, konnten nebst Margrit Senn auch Daniel Kolb von der SP den Sitz in der Kirchenpflege halten.

In seiner zweiten Amtsdauer forcierte Hans-Ruedi Baumberger die Planungen Hochbord, Bahnhofgebiet Dübendorf sowie des Givaudan-Areals zwischen Glatt und Überlandstrasse. Er wirkte aktiv in der Planungsgruppe Glattal bei der Planung der Schnellbahn Stettbach – Flughafen mit. Erfolgreich brachte er vor dem Volk die Revision der Parkplatzverordnung durch, gegen welche von bürgerlicher Seite das Referendum ergriffen worden war. Im Bereich des Kanalbaus wurde von ihm das für die Unterhaltsplanung heute nicht mehr wegzudenkende Kanal-Informationssystem initiiert. Der Ausbau der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Neugut konnte erfolgreich weiter vorangetrieben werden, bis am 14. Juni 1996 mit einem offiziellen Akt die Anlage mit allen Betriebsteilen eingeweiht werden konnte. Die Arbeit im bürgerlich dominierten Stadtrat war aufreibend und belastend, so dass er auf die Wahlen 1998 den Rücktritt erklärte.

Parlamentsarbeit
Die Parlamentsarbeit 1995 war geprägt durch diverse Vorstösse wie Postulat Senn für Fragestunde im Parlament (mit Erfolg), Anfragen und Interpellation in Drogenfragen von Dorothee Weber. Die Motion betreffs Schaffung von erschwinglichem Wohnraum (A. Kennel) wurde nicht überwiesen.

1996 feiert die SP 90 Jahre SP Dübendorf
Die Sektion Dübendorf wollte dieses Jubiläumsjahr nicht einfach ereignislos vorbei gehen lassen. Elfi Anderegg und Katrin Wächter betätigten sich als Ausstellungsmacherinnen. Sie waren in den zwischenzeitlich im Stadtarchiv zentral eingelagerten SP-Unterlagen fündig geworden, stöberten in alten Protokollen, Plakaten und Flugblättern und realisierten eine kleine Ausstellung in der Galerie der Oberen Mühle. Sie legten weniger Wert auf eine chronologische Auflistung der Parteiarbeit, als vielmehr an einzelnen Themen, unter anderem zu Geschichte und Wandel der Partei, Frauen in der SP, zur Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik sowie zum Verhältnis zu Militär und Flugplatz Dübendorf. Die Ausstellung zeigte auch, was die Genossen an politischer Literatur lasen und lesen, welche politische Musik sie hörten. In einem Videointerview mit Jugendlichen aus Dübendorf kamen ihre Vorstellungen und Wünsche gegenüber Parteien zum Vorschein. Im Düben-

Stimmen

Starke Opposition trägt zu sozialem Frieden bei

von SP Genossinen und Genossen zum 90 Jahr Jubiläum 1996



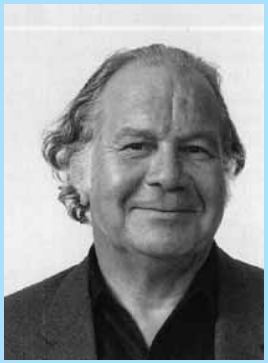
Elisabeth Weber
ehemalige Präsidentin der reformierten Kirchenpflege,
geb. 1930
SP-Mitglied seit 1976

Meine frühesten Erinnerungen an die SP Dübendorf reichen in meine Schulzeit zurück. Mein Vater war als Gewerkschafter auch Mitglied der SP. Durch seine gelegentlichen Äusserungen und Kommentare nach Parteiversammlungen entstand bei mir das Bild einer Partei voller Dynamik. Nach meinem Gefühl war die SP eine interessante, lebendige, kämpferische Gemeinschaft mit klaren Leitplanken.
Später wurde ich freie, ungebundene SP-Vertreterin in der Kirchenpflege. Durch die vermehrten Kontakte mit Parteimitgliedern lernte ich nun auch das SP-Engagement im sozialen Bereich kennen. Solidarität mit Zukurzgekommenen und die Umsetzung von Vorstössen und Ideen in die Praxis wurden zu aktuellen Herausforderungen. Offenheit, Beweglichkeit, Sach- und Fachkompetenz waren gefragt. Genug Arbeit für viele. Ein breites Spektrum an Meinungen löste oft heftige Diskussionen aus. Eine Reminiszenz aus jener Zeit: Ein junger Kollege klopft mir während einer Versammlung wohlwollend auf die Schulter und kommentiert: «Du bist ganz okay, trotz deinem Alter!»
Wieso es eine SP braucht? Die ganze Vielfalt an Gedanken und Kräften in der Schweiz muss ausgeschöpft werden können. Die SP hat eine eigenständige Sicht, und diese sollte nicht ungenutzt verloren gehen. Eine starke Opposition trägt zu sozialem Frieden bei. Besonders wichtig scheint mir dies, gemeinsam mit anderen Parteien und Gruppierungen unvoreingenommen zusammen zu sitzen und nach guten, langfristigen Lösungen zu suchen.
Meine Wünsche an die SP in Stichworten: Überholten Ballast über Bord werfen; bereit sein, weiterhin Verantwortung zu übernehmen; das Gesamtwohl im Auge behalten; Sprachrohr sein für Bedrängte und Unbequeme, auch dort, wo keine Lorbeeren zu holen sind.

In Memoria

«Jä sott mer nid ...?»

Zum Tode von Hansjörg Braunschweig



Hansjörg Braunschschweig †1999, SP Nationalrat 1978-1990

«Jä sott mer nid ...»: Diesen Einspruch im unverkennbaren Baslerdialekt werden wir von Hansjörg Braunschweig nicht mehr hören. Unerwartet für uns alle hat sein Herz aufgehört zu schlagen. Wir trauern um einen liebenswürdigen Menschen und Freund und um einen politischen Mahner, der sich stets für die sozial Benachteiligten in dieser Gesellschaft eingesetzt hat. Sein «Jä sott mer nid...», wenn wir zu schnell über ein Thema hinweggehen wollten, weil es zu unbequem oder aufwendig war, wird uns fehlen. Ein wenig erinnert mich das an Max Frisch, der immer wieder mitten im Gespräch mit seinem: «Ja das ist doch wichtig», interveniert haben soll.

Prägend für das spätere Engagement war für Hansjörg Braunschweig während seines Rechtsstudiums in Basel das Gedankengut der religiös-sozialen Bewegung, vor allem dasjenige von Leonhard Ragaz oder wie er selber vor drei Jahren schrieb: «In der Basler Blaukreuzjugend hörte ich vom Zürcher Theologen Leonhard Ragaz und seiner Botschaft vom Reiche Gottes, in deren Zentrum Gerechtigkeit und Frieden stehen. Die Verbindung zwischen biblischer Verheissung und Arbeiterbewegung brachte mir die Auflösung des Widerspruches zwischen der Macht des Geldes und der Not der Arbeitslosen». Seine vielfältigen, beruflichen Tätigkeiten in verschiedenen Organisationen, so auch im Schweizerischen Arbeiter/-innen Hilfswerk sowie seine Tätigkeit als Amtsvormund prägten seine politische Arbeit und Themen im Zürcher Kantonsrat ebenso wie von 1978 – 1990 im Nationalrat: Sozialpolitik, Friedens- und Aussenpolitik und sein ausgeprägtes Demokratieverständnis.

Seit 1965 lebte Hansjörg Braunschweig mit seiner Familie in Dübendorf und er «suchte sogleich den Weg in die hiesige SP und fand Heimat, das heisst Menschen mit ähnlicher Gesinnung und ähnlichen Zielen», wie er selber sagte. Das galt auch umgekehrt: Wir fanden in Hansjörg Braunschweig, aber auch in seiner Frau Sylvia, sozial engagierte Menschen, die das Dübendorfer SP-Leben prägten. Dass sich die Gesinnung einiger Aktivzeit-Genossen in der Zeit des Kalten Krieges und der zunehmenden Migrationsproblematik änderte und seine unbequemen Fragen provozierten, nahm er zur Kenntnis und in Kauf. Er blieb seinen Zielen treu: zu wichtig war ihm und der grossen Mehrheit der Genoss/innen der Einsatz für die sozial Schwächeren und Verfolgten. Unverständlich und hinterhältig allerdings war die offizielle Bespitzelung von Hansjörg Braunschweig. Der vorgängige SP-Präsident, Ueli Brunner, schreibt anlässlich des Nationalratsrücktritts von Hansjörg Braunschweig: «Wohl kein anderer Politiker wurde so systematisch bespitzelt, beschnüffelt, überwacht und abgehört. Seine Fiche umfasst 32 doppelseitig eng beschriebene Seiten – ein beklemmendes Dokument undemokratischer Staatsschutztätigkeit gegenüber einem unabhängig und kritisch denkenden Menschen in unserem Land».

Und jetzt ist Hansjörg Braunschweig tot. Ich glaube, dass er, wie es in der Todesanzeige steht, 'nach einem glücklichem und erfüllten Leben' gestorben ist. Aber er fehlt uns trotzdem – zunächst als Freund, aber auch als politischer Mahner. Als Freund und politischer Mensch wird er uns in Erinnerung bleiben. Daher scheint es mir wichtig, wenn wir sein «Jä sott mer nid...» als eine Art Vermächtnis weitertragen in unserem oft hektischen Leben der Tagespolitik.

Peter Anderegg, CO-Präsident, Februar 1999

dorfer Heimatbuch 1996 kamen verschiedene SP-Mitglieder aus verschiedenen Generationen, mit ganz persönlichen Aussagen zu Wort, welche wir in dieser Chronik nochmals publizieren.

Erfolglose Kandidatur von Yvo Ramer in den Stadtrat
Die Gemeindewahlen 1998 brachten einen herben Rückschlag für die SP Dübendorf. Yvo Ramer gelang der Schritt vom Oberstufenschulpräsidenten in den Stadtrat nicht. Statt ihm wurde der grüne Kandidat Martin Bäumle gewählt. Im Gemeinderat konnte die Sitzzahl wieder auf 6 erhöht werden und Margrit Brunner wurde in die Primarschulpflege und Georgette Gaillard Merki in die Oberstufenschulpflege gewählt. Die neue SP-Gemeinderatsfraktion besteht aus Elfi Anderegg, Andreas Bachofen (neu), Andrea Kennel, Katrin Wächter (neu), Dorothee Weber und Theo Zobrist

Andrea Kennel wird Gemeinderatspräsidentin
Als zweite SP Frau wird Andrea Kennel die Ehre zuteil, den Dübendorfer Grossen Gemeinderat 2001/2 zu präsidieren. Die bürgerliche Ratsmehrheit ist wohl froh, weil ihr damit ihre scharfzüngigen Voten als Vertreterin der SP Fraktion erspart bleiben, da sie sich als Ratspräsidentin ja etwas zurückhalten muss.

2002 scheitert auch Peter Anderegg für den Stadtrat
An den Neuwahlen vom 3. März 2002 war Peter Anderegg wahrscheinlich die Reduktion der Sitzzahl von neu auf acht zum Verhängnis geworden und er büsste dafür, dass er jahrelang gegen den militärischen Fluglärm gekämpft hatte. Das wurde ihm im bürgerlich dominierten «Garnisonstädtchen» Dübendorf offenbar nicht verziehen. Dagegen nahm er Einsitz im Gemeinderat und wenige Monate später rutschte er im Kantonsrat nach.
Die Gemeinderatsfraktion hat nochmals Frauenzuwachs erhalten, erhöht sich auf 7 Sitze und setzt sich neu wie folgt zusammen: Andrea Kennel, Katrin Wächter, Pia Etter, Peter Anderegg, Jürg Gasser Lademann, Michael Marugg und Theo Zobrist.
Marisa Kashani, parteilos aber von der SP portiert, schafft die Wahl in die Oberstufenschulpflege.

2003 Andrea Kennel und Peter Anderegg im Kantonsrat
Peter Anderegg gelingt mit dem Bonus des Bisherigen die Wiederwahl in den Kantonsrat und Andrea Kennel erreicht den guten ersten Ersatzplatz, der ihr dann auch ermöglicht, am 30.5.2005 den Sprung in den Kantonsrat ebenfalls zu schaffen. Damit ist die SP Dübendorf zum ersten Mal in ihrer Geschichte gleichzeitig mit zwei Personen im Kantonsrat vertreten.

Gemeindewahlen 2006
Hoffnungsvoll steigt die SP mit Andrea Kennel und Theo Zobrist in den Wahlkamp um den Stadtrat. Einmal mehr wird die SP vom Wahlausgang herb enttäuscht. Das bürgerlich dominierte Dübendorf will der SP zu ihrem 100 Jahr Jubiläum keinen Sitz im Stadtrat und schon gar nicht eine SP-Stadtpräsidentin zugestehen. Frustrierend ist zudem die Wahlbeteiligung. Nur knapp 28% interessiert es, wer in den nächsten vier Jahren Dübendorf regiert. Es ist ein schwacher Trost, dass mit Patrick Angele, 19, ein JUSO den Sprung in den Grossen Gemeinderat schafft und die SVP sowie FdP je zwei Sitze verlieren! 25 Jahre nach seiner Stadtpräsidentenkandidatur nimmt auch Toni Lanzendörfer jun. Einsitz im Parlament. Es ist zu hoffen, dass er trotzdem die SP mit Spaghetti und feinen Saucen bekocht.
Die SP-Gemeinderatsfraktion 2006/10 setzt sich neu wie folgt zusammen: Andrea Kennel, Jürg Gasser, Pia Etter, Peter Schupisser, Patrick Angele (neu), Hans Baumann, (neu) und Toni Lanzendörfer (neu).
Marisa Kashani-Häsler erzielt zwar 376 Stimmen mehr als ihre Gegenkandidatin für das Präsidium der Oberstufenschulpflege. Weil sie das absolute Mehr um 36 Stimmen verpasst, muss sie in einen zweiten Wahlgang, den sie klar für sich entscheidet. Alexandra Freuler, die SP-Kandidatin für die reformierte Kirchenpflege wurde Opfer des Komitees «Eus isch d Chile wichtig», welches einen Umsturz in der Kirchenpflege und die Abwahl von 4 bisherigen Mitgliedern brachte.



Andrea Kennel
Gemeinderat
seit 1998
Kantonsrat
seit 2005

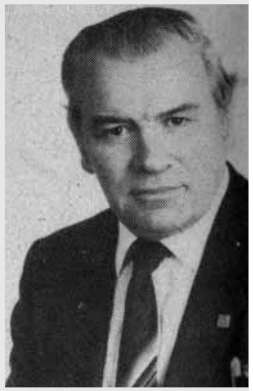


Peter Anderegg
Gemeinderat
seit 1998 – 2006
Kantonsrat
seit 2002

2006

Antrittsreden

von SP-Gemeinderatspräsidenten/-innen



1978/79 Hermann Gehring
Gemeinderatspräsident 1978/79
1974 –1986 Gemeinderat
1966 – 1982 Oberstufenschulpflege

Bescheidenheit und Achtung vor dem politisch anders Denkenden

Ich freue mich, dass ich als erster Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft zum neuen Gemeinderatspräsidenten gewählt wurde. Eines meiner Ziele wird sein, mich in meinem Amtsjahr vor allem um ein gutes Einvernehmen zwischen dem Stadtrat und dem Gemeinderat zu bemühen und das kollegiale Verhältnis im Ratsbüro zu pflegen und zu vertiefen.

Mehr Objektivität und Toleranz

Wir haben soeben die Kommunalwahlen hinter uns. Die heutige Zusammensetzung von Stadtrat und Gemeinderat ist schliesslich das Ergebnis eines Wahlkampfes, in welchem die Parteien möglichst qualifizierte und profilierte Bewerber ins Rennen geschickt haben. Im vergangenen Wahlkampf habe ich viele Hinweise auf die politischen und fachlichen Qualifikationen der einzelnen Bewerberinnen und Bewerber gefunden. Nach Hinweisen auf die menschlichen Vorzüge der kandidierenden Frauen und Männer habe ich meist aber vergeblich gesucht. Ist die schlechte Stimmbeteiligung von nur 33% möglicherweise auf diesen Mangel zurückzuführen? Der Wahlkampf ist meiner Ansicht nach einigermassen fair verlaufen. Hinter den Kulissen und zwischen den verschiedenen Parteien sind aber oft Dinge gesagt worden, die jeglicher Objektivität und Toleranz gegenüber anders denkenden Mitbürgern entbehrt haben.

Kein Mensch ist fehlerfrei

Auch im politischen Leben muss man sich vergegenwärtigen, dass kein Mensch fehlerlos ist. Bundespräsident Willi Ritschard hat dies in folgendem Satz einmal treffend umschrieben:
«Wenn einer meint, er sig als Meischter vom Himmel gfalle,
denn isch er wohl uf de Chopf gheit!»

Bescheidenheit und Achtung vor dem politisch anders Denkenden halte ich für die wichtigste Voraussetzung für jede Art von partnerschaftlicher Arbeit. Es gilt auch die politische Arbeit der Frauen zu würdigen. Rosmarie V. Zapfl hat als Gemeinderatspräsidentin im vergangenen Amtsjahr bewiesen, was Frauen in der Politik zu leisten vermögen. Ich wünsche ihr als neu gewählte Stadträtin viel Erfolg in ihrem neuen Amt. Neben guter Schul- und Allgemeinbildung, braucht es vor allem auch die Bereitschaft zur Kooperation und Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen, um ein öffentliches Amt zum Wohl der Gemeinschaft ausfüllen zu können.

Mehr Mut!

Was erwartet man gerade von einem Sozialdemokraten von seiner Antrittsrede als Gemeinderatspräsident? Muss seine Rede besonders anständig sein, damit er frei nach Peter Bichsel zitiert «salonfähig» ist? Erwartet man gerade von ihm einige alternative Denkanstösse? Für alle jene, für die ich jetzt dann gleich etwas sagen sollte, das ihnen nicht so passt, möchte ich folgenden Trost voraus spenden: «Nichts auf der Welt ist so gerecht verteilt wie der Verstand: Jeder glaubt genug davon erhalten zu haben.»

Demokratiemühle mahlt langsam

Beim Studium der Antrittsreden meiner sechs Vorgänger ist mir wieder einmal klar zum Bewusstsein geworden, wie langsam in unserer Demokratie die Mühlen mahlen. Von den meist genannten anstehenden Problemen und Projekten wie Stadthaus, Hecht, Obere Mühle, Kommunalplanung – ist noch kein einziges vom Tisch. Dabei ist mir folgender humoristische Kalenderspruch in den Sinn gekommen: «Wir arbeiten hier Hand in Hand: Was die Rechte nicht schafft – lässt auch die Linke liegen!» Spass beiseite – dass bis jetzt von den erwähnten Problemen noch keines gelöst ist, mag einerseits an der Trägheit unserer Demokratie, andererseits vielleicht an der Ängstlichkeit oder dem fehlenden Mut der Behörden liegen. Peter Bless hat vor einem Jahr als Ratspräsident davon gesprochen, dass die Demokratie eine Staatsform der Geduld sei. Er hat auch erwähnt, dass unsere Demokratie vor einer Belastungsprobe stehe.

Demokratie eine Fiktion?

Wir Sozialdemokraten glauben auch, dass sie vor einer Belastungsprobe stehe und es stimmt uns mehr als nachdenklich, ja alarmierend, wenn Hans A. Pestalozzi uns in seinem Buch «Nach uns die Zukunft» folgende Tatsachen vor Augen hält:

- dass 76% der Schweizer Arbeiter überhaupt nie zur Urne gehen
- dass die Stimmbeteiligung selten noch die 40%-Hürde nimmt
- dass bei Volksabstimmungen Geld oft wichtiger ist als Argumente
- dass nur noch 6% der Bevölkerung eine positive Einstellung zu Parteien haben und kaum 10% einer Partei angehören

Was haben wir falsch gemacht? Ist unsere Demokratie nicht teilweise längst eine Fiktion? Ist es tatsächlich so, dass unsere Bürgerinnen und Bürger vor lauter Zufriedenheit und Wohlstand nicht mehr zur Urne gehen? Haben sie tatsächlich derart grosses Vertrauen zu den gewählten Behörden und Volksvertretern, dass sie ihnen die Geschicke überlassen? Steht das aber nicht in krassem Gegensatz zur Tatsache, dass sich immer mehr Bürgeraktionen, Splitterparteien, Jungparteien, Initiativgruppen, Elterngruppen usw. bilden? Wo ist das Vertrauen in die etablierten Parteien, die praktisch immer noch fast ausnahmslos unsere Behörden und Regierungen stellen? Einerseits Resignation, andererseits Festhalten am scheinbar Bewährten, dann aber auch Suche nach neuen Wegen, Hoffnung auf Veränderung. Erfüllen wir etablierten Parteien diese Hoffnung noch?

Was ist bei uns wirklich demokratisch?

Auf welche Lebensbereiche erstreckt sich unsere Demokratie, wenn es um mehr geht als um den Bau eines Stadthauses, eines Schulhauses oder einer Quartierstrasse? Aber auch hier: Was kann die Bürgerin und der Bürger in der Regel mehr sagen als JA oder NEIN? Mehrere Parteien führen das Wort «demokratisch» in ihrem Namen. Hand aufs Herz: Was ist bei uns demokratisch? Ist etwa die Schule demokratisch? Das Kulturleben? Die Armee? Die Kirche? Die Familie? Wo ist unser Bekenntnis zur Demokratie in der Wirtschaft, der Industrie, den Banken? Hat man es nicht verstanden, dem Schweizervolk beizubringen, ein erster winziger Schritt in Demokratisierung unserer Wirtschaft, wie es die Mitbestimmungsinitiative anstrebt, liege nicht im Interesse des Volkes? Bringt man nicht dem gleichen Volk gegenwärtig bei, eine minimale Lockerung des Bankgeheimnisses, wie es die SP-Initiative vorsieht und sicher nur den elementarsten moralischen Prinzipien entsprechen würde, bedeute den Zusammenbruch des Finanzplatzes Schweiz?

Urnenabstinenz als heimlicher Protest?

Ist die Urnenabstinenz nicht auch stiller, heimlicher Protest, dass man ja trotzdem wenig zu sagen habe? Was hat man zum Beispiel zu Betriebsschliessungen, zu Fusionierungen zu sagen? Wollten die Stimmbürger all die Super-Einkaufszentren, die das «Lädelisterben» mitverursacht haben, die das Kleingewerbe fast vollständig verdrängt haben, die ihn praktisch



Hans-Ruedi Baumberger, Gemeinderatspräsident 1984/85

zwingen, für seine Einkäufe das Auto benutzen zu müssen? Das Auto, welches wieder zusätzliche Probleme wie Luftverschmutzung, Unfälle, Lärm, Staus, SBB-Defizite usw. verursacht. Wollten die Dübendorfer die Unterführung Schossacher? Andererseits – wie lange geht es noch, bis der Preisüberwacher im Amt sein wird, dem der Souverän zugestimmt hat? Wie ist es mit dem Umweltschutzartikel gegangen, welcher in Bern total verwässert wurde? Untergräbt dies alles nicht das Vertrauen in die Demokratie und ihre Repräsentanten?

Demokratie als Lebensform

Demokratie in einer Gesellschaft, wie wir Sozialdemokraten sie anstreben, geht weit über die blosse Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen hinaus. Demokratie ist für uns die Staatsform, in der jeder einzelne und die Gesellschaft ihr Schicksal selbst bestimmen und Konflikte austragen können. Zur Demokratie gehören auch die Prinzipien der Öffentlichkeit und Diskussion aller Entscheidungen. Demokratie anerkennt und verteidigt bedingungslos die Würde des Menschen. Denn Demokratie ist nicht nur Regierungsform, sondern auch Lebensform, die sich im Alltag des menschlichen Lebens bewähren soll.

Mut zu neuen demokratischen Formen

Was könnte auf kommunaler Ebene getan werden, vermehrt echte Demokratie spielen zu lassen? Damit komme ich auf das Stichwort Ängstlichkeit der Behörden zurück. Die Behörden sollten weniger Angst, vielmehr den Mut haben, die Bevölkerung bereits zu einem frühen Zeitpunkt in den gesamten Willens- und Entscheidungsprozess einzubeziehen. Es muss unserer Meinung nach Formen geben, die dem Bürger tatsächlich ermöglichen, früher als zum Zeitpunkt der abstimmungsreifen Vorlage seinen Willen und seine Meinung zu äussern. solche Formen könnten zum Beispiel ad hoc Arbeitsgruppen von Nicht-Behördenmitgliedern, öffentliche Diskussionen, Konsultativabstimmungen, offene Planungen und Vernehmlassungen usw. sein. Wir glauben, dass durch solche neue Formen die Entfremdung des Bürgers vom Gemeinwesen, vom Staat aufgehalten werden könnte und die Glaubwürdigkeit der Behörden aufgewertet würde. Warum zum Beispiel nicht Umweltschutzfragen mit Gruppierungen an die Hand nehmen, die sich in einem Verein oder Interessengemeinschaft bereits damit befassen? Warum nicht Verkehrsfragen, Kulturfragen, Bildung, Gesundheitswesen in Arbeitsgruppen behandeln, welche aus Nichtbehördenmitgliedern zusammengesetzt sind, aber sich für solche Fragen interessieren und engagieren? Wir glauben nicht, dass dadurch die demokratischen Mühlen langsamer mahlen würden. Im Gegenteil – die Wünsche der Bevölkerung könnten rascher erfasst und vielleicht sogar Leerläufe vermieden werden. Wir Sozialdemokraten befürworten die Sicherung und den Ausbau der demokratischen Beteiligung aller Einwohner und Betroffenen in wichtigen Gemeindeangelegenheiten. Für uns ist die Gemeinde das wichtigste Feld für bürgernahe Politik. Wahrscheinlich würde damit auch weniger am Willen der Bevölkerung vorbeipolitisiert. Lassen sich die Politikerinnen und Politiker hier nicht allzusehr von folgendem humoristischen Führungsleitsatz blenden: «Der Mensch steht bei uns im Mittelpunkt – somit allen im Wege!»

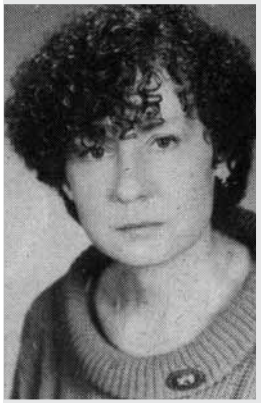
A propos Weg – sind wir uns im Klaren: Ein solches neues demokratisches Verständnis bedingt das Beschreiten neuer Wege. Ist das möglich? Gibt es da nicht viele WENN und ABER? Wie wollen wir beurteilen, ob solche Alternativen zum heutigen politischen Tagesablauf gangbar wären, wenn nie jemand den Versuch wagt, es anders zu machen? Wäre nicht gerade die kommende Revision der Gemeindeordnung eine Chance, in unserer Gemeinde nach solchen neuen Formen zu suchen und zu verankern? Wir möchten vor allem davor warnen, unter dem Motto «Verwesentlichung der Demokratie» die Referendums- und Initiativhürden noch höher anzusetzen und dem interessierten Bürger seine Rechte zu erschweren. Haben wir doch den Mut nach neuen demokratischen Formen zu suchen. Bedenken Sie die Worte von Pfarrer Kurt Marti in seinem kleinen Berner Mundartgedicht:
«Wo chiemte mer hi / Wenn alli seiti / Wo chiemte mehr hi / Und niemer giengti / Für einisch z'luege / Wohi dass me chiem / We me ging!»

Haben wir doch den Mut, endlich auch schauen zu gehen! In diesem Sinn wollen wir wieder ein Parlamentsjahr anpacken.

Antrittsreden

von SP-Gemeinderatspräsidenten/-innen

Macht die ersten Plätze auf den Listen frei für die Frauen!



Ursula Herren
Gemeinderatspräsidentin 1993/94
1986 – 1996 Gemeinderätin

Wir stecken in einer Rezession. Wir haben in der Schweiz über 140'000 registrierte Arbeitslose. Effektiv sind es wahrscheinlich weit mehr. Mit dieser Arbeitslosenzahl hat die Schweiz eine Arbeitslosenquote von 4,6 Prozent erreicht. In einzelnen Regionen und Berufsgruppen ist diese Quote auf 6,7 und mehr Prozent gestiegen. Damit ist die Schweiz auch im europäischen Vergleich kein Sonderfall mehr.

Dauert die wirtschaftliche Schwächeperiode an, verstärkt sich die Gefahr, dass die Schweiz auch nach einem Konjunkturaufschwung weiterhin mit einer hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert sein wird. Dieser Gefahr gilt es mit allen verfügbaren Mitteln zu begegnen: mit einer aktiven Konjunkturpolitik und einer aktiven Strukturpolitik.

Aktive Konjunkturpolitik
Das eidgenössische Parlament hat in seiner Märzsession einen Investitionsbonus von 200 Millionen Franken beschlossen. Bei diesem Investitionsbonus geht es um Finanzhilfe von 15 bis 20 Prozent an die Kosten von Investitionen in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen, Projekte, die auch einem tatsächlichen Bedarf entsprechen. Voraussetzung, um in den Genuss des Investitionsbonus zu kommen ist im weiteren, dass diese Projekte zusätzlich zu den bisher vorgesehenen oder schneller als geplant realisiert werden. Es gibt also kein Giesskannenprinzip, keine Arbeitsbeschaffung um jeden Preis.

Familiengerechtere Strukturen
Wäre es nicht endlich Zeit, in unserer Stadt mit über 20'000 Einwohnern eine Kinderkrippe zu schaffen? Wäre es nicht endlich Zeit, das Bedürfnis vieler Familien – eine Familie ist auch die alleinerziehende Mutter, der alleinerziehende Vater mit Kindern – nach einer Tagesschule in Dübendorf ernst zu nehmen?
Unsere Nachbarländer – Frankreich, Italien, Oesterreich und Deutschland – kennen nur die Tagesschule, und das seit vielen Jahren. Den Eltern dieser Kinder geht es sicher nicht um ein Abschieben der Verantwortung der Kindererziehung an den Staat, ein Argument, welches bei uns immer wieder gegen die Tagesschule angeführt wird. Tagesschulen ermöglichen insbesondere Frauen, welche berufstätig sein wollen oder müssen, problemloser einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Dübendorf sollte Eltern, welche Kinder in eine Tagesschule schicken wollen, diese Möglichkeit bieten.

Aktive Strukturpolitik
Auf kommunaler Ebene ist eine aktive Strukturpolitik möglich, indem die zur Verfügung stehende Arbeit auf mehr Leute verteilt wird, also Teilzeitstellen geschaffen werden. Aktive Strukturpolitik beinhaltet auch Aus- und Weiterbildung. Dübendorf muss diesbezüglich eine beratende und betreuende Funktion wahrnehmen, insbesondere hinsichtlich der Arbeitslosen in unserer Gemeinde. Ich denke hier besonders daran, Arbeitslose über Weiterbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu beraten und sie zu motivieren. Bildung baut Brücken. Das Gefühl, überflüssig zu sein und die Unsicherheit, was aus einem wird, haben psychologische Rückwirkungen. Es ist weder menschlich tragbar noch volkswirtschaftlich sinnvoll, wenn arbeits- und bildungswillige Menschen durch die Maschen des Systems fallen und schliesslich ausgesteuert und bei der Sozialhilfe landen.

Frauen in der Politik
Ich komme zu meinem zweiten Anliegen: Frauen in der Politik. Für die Frauen unseres Landes sind die vergangenen zwanzig Jahre von besonderer Bedeutung. In diesem Zeitraum hat sich die Situation der Frau in einem Umfang und mit einer Intensität gewandelt, wie in keiner Zeit zuvor.
Im Jahre 1981 wurde der Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung verankert. Der Verfassungsartikel lautet: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

Antrittsreden

von SP-Gemeinderatspräsidenten/-innen

Der Gleichstellungsartikel in der Verfassung ist aber zu wenig umfassend, um Frauen zum Recht zu verhelfen, ein Gesetzesentwurf liegt vor. Das Eidgenössische Büro für Gleichstellung rechnet damit, dass das Gesetz im Jahre 1995 in Kraft treten wird. Ganze 14 Jahre für ein längst fälliges Gesetz – es scheint nicht zu pressieren.

Die Frauen fördern

Frauen müssen wirksam gefördert werden. In unserem System mit demokratischen Wahlen ist für mich eine Quotenregelung nicht der richtige Weg. Das Rezept sollte sein, Frauen wählen, wenn sie kompetent sind. Und akzeptieren, dass eine Frau, die Kinder aufgezogen und Haushalt- mit Berufsarbeit koordiniert hat, Führungserfahrungen anders sammelt als ein Mann.

Das Thema „Frauen in der Politik" ist in der Schweiz relativ neu. Da die Schweizer Männer den Frauen erst im Jahre 1971 das Stimmrecht zugestanden haben, hat ein grosser Teil der schweizerischen Bevölkerung die Politik als ausschliessliche Männersache erlebt.

Verbesserte Rahmenbedingungen

Frauen müssen zur Politik ermutigt werden. Dazu braucht es Unterstützung. Es braucht aber auch eine Verbesserung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen. Es braucht Einrichtungen, welche es berufstätigen Frauen und Frauen mit Familienpflichten erlauben, politisch tätig zu sein. Die traditionelle Familie, in welcher der Mann einer Erwerbstätigkeit nachgeht und die Frau ausschliesslich Hausarbeit und Kinderbetreuung leistet, ist im Wandel begriffen.

Viele Frauen wollen weiterhin eine Berufstätigkeit ausüben. Viele Frauen müssen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Realität ist zudem, dass in der Schweiz jede dritte Ehe geschieden wird. Oft müssen Frauen früher als gewünscht wieder eine Arbeit ausser Haus aufnehmen. Die Ehe ist nicht mehr wie früher auch noch eine Art Lebensversicherung. Viele Frauen sind auf eine eigene berufliche Vorsorge angewiesen.

Wenn wir wirklich wollen, dass sich Frauen vermehrt in der Politik engagieren, müssen wir dafür die Bedingungen und Organisationen schaffen. Es braucht Frauenförderungsmassnahmen. Es braucht auch Frauenförderung in den Parteien. In der Sozialdemokratischen Partei hat Frauenförderung Tradition. Es ist ihr ernst damit, Frauen an der politischen Verantwortung und Macht teilnehmen zu lassen.

Appell an die Parteien

Im nächsten Jahr finden Neuwahlen des Dübendorf Gemeinde- und Stadtrates statt. Ich möchte zum Schluss an die Gemeinderatsparteien appellieren. Ermutigt, motiviert und fördert Eure Frauen, damit sie sich für das politische Amt als Gemeinderätin zur Verfügung stellen. Macht die ersten Plätze auf den Listen frei für Frauen, damit Frauen auch wirklich eine Chance haben, gewählt zu werden.

«Visionen»

Das neue Jahrtausend hat begonnen, Zeit in die Zukunft zu blicken. Was wir brauchen, sind Visionen und Ideen. Im Gemeinderat wird sehr häufig über Geld und vor allem Sparen gesprochen. So werden viele gute Ideen im Keim erstickt. Nun sind wir aber im Wahljahr in der glücklichen Situation, dass die letzte Rechnung mit einem Überschuss von mehreren Millionen abgeschlossen hat. Natürlich sind damit unsere Schulden noch nicht getilgt. Aber wir haben etwas Luft und müssen/können nicht alle Ideen mit dem Argument der Finanzlage abwürgen. Wir können beginnen, wieder vermehrt Ideen und Visionen zu entwickeln. Wir können in die Zukunft schauen und diese aktiv planen. So wie das Stefan Wyss in einem seiner letzten Voten als Gemeinderat angeregt hatte.

Ideen für Dübendorf

Aber wie sieht die Zukunft von Dübendorf aus? Wir laufen Gefahr, mehr zivilen Fluglärm zu erhalten, wenn sich der Stadtrat nicht weiter dagegen einsetzt. Gleichzeitig wird sich die Glattstadt oder die fast perfekte Peripherie, zu der Dübendorf gehört, stark verändern und entwickeln. Bereits in den letzten Jahren hat die Bevölkerung von Dübendorf von 21'000 auf knapp 22'000 zugenommen.

Nun gilt es Ideen zu entwickeln, damit Dübendorf nicht nur quantitativ wächst, sondern auch attraktiv bleibt und attraktiver wird. Überlegen wir uns dazu ein paar konkrete Möglichkeiten, wie man bei aktuellen Geschäften Ideen entwickeln kann.
Nehmen wir als erstes das Conti-Gebäude. Wegen Altlasten konnte das «Conti» nicht gesprengt werden, sondern musste rückwärts gebaut werden. Da dieses Gebäude einen speziellen Baustil repräsentiert, könnte man es sicher auf dem Ballenberg im Freilichtmuseum wieder aufbauen und so doch noch erhalten.

Verkehrsberuhigte Bahnhofstrasse

Ein anderes Thema ist der Lift in der Oberen Mühle. Vielleicht könnte man vom neuen Badirestaurant aus eine Seilbahn zur Mühle bauen, um die oberen Stockwerke behindertengerecht zu erschliessen. Die Bahnhofbrücke könnte beim nächsten Hochwasser weggeschwemmt werden. Dann könnte ein Fährdienst eingerichtet werden. So hätten wir automatisch eine verkehrsberuhigte Bahnhofstrasse, da sicher viele die Fähre umfahren würden. Eine andere Möglichkeit wäre ein Tunnel unter der Glatt durch. Dieser Tunnel könnte gleich bis zum Stadthaus verlängert werden, so dass die Bahnhofstrasse zur Fussgängerzone umfunktioniert werden kann. Ein solcher Ansatz vom unterirdischen Verkehr wäre übrigens im Hochbord vielleicht sogar realistisch.

Disneyland auf dem Militärflugplatz?

Wenn später einmal der Militärflugplatz nicht mehr militärisch genutzt wird, könnte dort ein Disneyland aufgebaut werden. Das Problem des Reiseverkehrs und der Parkplätze kann ebenfalls einfach gelöst werden. Der Bahnhof ist sehr nahe beim Flugplatzgelände, so dass man einen direkten TGV-Anschluss realisieren kann. Der schnellste Weg von Euro-Disney ins Dübi-Disney.
Das sind natürlich wenig realistische Ideen. Aber wer weiss, durch Phantasie und unmögliche Ideen entstehen oft attraktive Projekte. Ein Beispiel dazu ist die Jungfraujochbahn. Am 1. April 1886 erschien in der NZZ ein Artikel über den Plan einer Eisenbahn auf die Jungfrau. Dass dies ein Erstaprilscherz war, war offensichtlich. Im Dezember 1893 wurde jedoch das Konzessionsgesuch eingereicht, das war kein Aprilscherz, auch kein Dezemberscherz. 1912 wurde die Jungfraujochbahn eingeweiht. Wie wir wissen, wurde zwar das Teilstück vom Jungfraujoch zum Gipfel der Jungfrau nicht realisiert, aber schon die Fahrt auf das Jungfraujoch ist sehr eindrücklich.

Natürlich können wir in Dübendorf keine Jungfraujochbahn bauen. Dazu fehlt uns der Berg. Seien wir ehrlich, der Mut würde uns auch fehlen. Vielleicht wäre es aber ganz gut, wir hätten zwischendurch etwa mehr Mut und würden Neues wagen, ohne alle Konsequenzen wirklich abschätzen zu können. Nur wer den Mut hat, seine Ideen und Visionen auch umzusetzen, ist erfolgreich. Ich wünsche mir für Dübendorf mehr Erfolg. Vom Gemeinderat wünsche ich mir dafür etwas mehr Offenheit gegenüber neuen und eventuell etwas ausgefallenen Ideen. Und natürlich wünsche ich mir weiterhin eine gute Zusammenarbeit.



Andrea Kennel
Gemeinderatspräsidentin 2001/02
Gemeinderätin seit 1998

Präsidium

Die SP Sektionspräsident/-innen seit 1906

1906 – 1912	Hans Schenk, Giesser	(6 Jahre)
1912 – 1914	Fritz Fenner, (Hecht-Wirt)	(2 Jahre)
1914 – 1919	Alfred Steger	(5 Jahre)
1919	Eligius Staub, Sekretär	(5 Monate)
1919- 1920	Hermann Schnellmann	(7 Monate)
1921	Karl Frei, Elektriker	(1 Jahr)
1922	Alfred Steger	(1 Jahr)
1922 . 1931	J. Hausammann	(9 Jahre)
1931 – 1938	Ernst Buff, Mechaniker	(7 Jahre)
1938 – 1946	Jean Attinger, Sattler	(8 Jahre)
1946 – 1950	Karl Eugster, Fabrikarbeiter	(4 Jahre)
1950 – 1957	Guy Maeder, Eidg. Beamter	(7 Jahre)
1957 – 1963	Walter Mettler	(6 Jahre)
1963 – 1967	Walter Egger, Lehrer	(5 Jahre)
1967 – 1969	Hansjörg Braunschweig, Amtsvormund	(2 Jahre)
1969 – 1974	Walter Egger	(5 Jahre)
1974 – 1975	Heinz Vontobel, Student	(1 Jahr)
1975 - 1978	Emil Eyermann, techn. Mitarbeiter	(3 Jahre)
1978 – 1981	Willi Gebs, Gemeindehelfer	(3 Jahre)
1981 – 1982	ohne Präsident, Vorstand als Einheit	(1 Jahr)
1982 – 1986	Ernst Müller, Produktionsleiter	(4 Jahre)
1986 – 1990	Hans-Ruedi Baumberger, kfm. Ang.	(4 Jahre)
1990 – 1995	Ueli Brunner, El. Ing. HTL, Bereichsleiter	(5 Jahre)
1995 – 2000	Co-Präsidenten: Katrin Wächter, dipl. Arch. ETH	(5 Jahre)
	Peter Anderegg, Maschineningenieur FH	
2000 – 2006	Max Senn, techn. Angestellter	(6 Jahre)
2006	Peter Anderegg	

Die 100-jährige SP Dübendorf und der Militärflugplatz: ein kritisches Nachwort



von Peter Anderegg
Präsident SP Dübendorf

Eine eindrückliche Chronik liegt vor uns: Dank an dieser Stelle vor allem dem unermüdlichen Chronisten Hans-Ruedi Baumberger, aber auch dem Gestalter Toni Lanzendörfer. Ein Ausblick oder besser eine kritische Einschätzung soll diese Chronik abrunden - keine objektive also sondern eine subjektive. Ich tue dies an Hand der 70-er und 80-er Jahre; Jahre die mir eindrücklich in Erinnerung blieben.

Als die SP Dübendorf vor hundert Jahren am 13. Oktober 1906 gegründet wurde, gab es noch keinen Militärflugplatz – ja überhaupt keinen Flugplatz. Aber nur vier Jahre später wurde im damaligen Moor der Grundstein gelegt für den späteren Militärflugplatz. Was damals pionierhaft gewesen war, geriet vor rund 30 Jahren zu einer Lärmplage und der Flugplatz und seine Immissionen hinderten diese Agglomerationsstadt zunehmend in ihrer Entwicklung. Und damit hat sich die SP Dübendorf lange schwer getan. Vor allem die über viele Jahrzehnte herrschende Symbiose zwischen SP und Gewerkschaften war nicht nur erspriesslich. Das zeigte sich gerade bei Themen, bei welchen Arbeitsplätze und Umweltschutz gegeneinander ausgespielt wurden. Exemplarisch scheinen mir die damaligen Diskussionen zum Militärflugplatz und seinem Krach, weil das bald zur Armeediskussion mutierte – und da flogen die Fetzen in den 80-er Jahren! Auf der einen Seite eher ältere Aktivdienst-Genossen und Gewerkschafter und auf der anderen Seite eher jüngere SP-Mitglieder und die oft unbequemen Fragen eines Hansjörg Braunschweig: „Jä sott mer nid …?“ – gerade auch zum Militärflugplatz. Und die Flügelkämpfe hatten Auswirkungen! Einerseits war die Angst vor dem Zorn der Gewerkschaften insofern begründet, als viele dieser Stimmen längst abgewandert waren zu den damaligen Überfremdungsparteien. Anderseits – und das war kommunal bestimmend für die Stärke im Gemeinde- und Stadtrat – gab es da in den 70-er Jahren junge, gut gebildete Frauen und Männer, die auf niemanden Rücksicht nehmen mussten und Kernkraftwerke und Militärflugplatz in die Wüste schicken wollten. Die Gruppe ‚Energie und Umwelt' (GEU) entstand und blieb ein fester Bestandteil der Dübendorfer Politik: im vierzigköpfigen Parlament sitzen heute neben sieben SP-Gemeinderät/innen sechs der GEU. Im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton Zürich, vor allem Parlamentsgemeinden, ist das einzigartig, weil die Grüne Partei (eine Grünliberale Partei existierte noch nicht) nirgends so viele Sitze hat. Es legt doch die Vermutung nahe, das Abseitsstehen der SP Dübendorf in den Siebziger-Jahren bei den lokalen Umweltthemen wie eben dem Lärm der Kampfjets habe ihr kommunal bezüglich Sitze im Gemeindeparlament geschadet.

Der vielleicht auch noch 100 Jahre erreichende Militärflugplatz hat also nicht nur massgeblich die Entwicklung Dübendorfs geprägt, sondern auch in der nun 100-jährigen Geschichte der SP Dübendorf Spuren hinterlassen. Aber sie ist jetzt 100-jährig, fühlt sich als Greisin immer noch fit, weil junge, engagierte Mitglieder ihr neue Energie geben. Solange dies der Fall ist, wird sie zumindest am Leben bleiben.



Impressum

Grafik: Toni Lanzendörfer
Text: Hans-Ruedi Baumberger

Fest am 13. Oktober 2006 im Kino Orion

Apero

Intermezzo I

Begrüssung durch Peter Anderegg

Grusswort des Dübendorfer Stadtpräsidenten Lothar Ziörjen

Vorspeise

Intermezzo II

Grusswort des Kantonsratspräsidenten Hartmuth Attenhofer

Historischer Rückblick mit Hans-Ruedi Baumberger

Tessinerbraten & Polentaschnitten

Intermezzo III

Frauen und Junge in der SP / Andrea Kennel und Patrick Angele

Intermezzo IV

Dessert / Kaffee

Barbara Schaub ROSSI **Stefan Rüfenacht**
René Berera